

JOHANNES HORSTMANN

Die Wirtschaftspolitik des Zentrums und die handelspolitische Revision in den späten siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts

I. EINLEITUNG

Über die Debatte der handelspolitischen Revision in den späten siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts gelang es dem Zentrum, seine innenpolitische Isolation zu durchbrechen und den Grundstein für seine parlamentarische Schlüsselstellung im Wilhelminischen Deutschland zu legen. Zwei Motive bestimmten die Haltung des Zentrums zur Schutzzollfrage: wirtschafts- und sozialpolitische Zweckmäßigkeitserlegungen und eine allgemein-politische Strategie hinsichtlich der Überwindung des Kulturkampfes. Die Durchleuchtung der Sozial- und Wirtschaftspolitik des Zentrums setzt in der Regel erst mit der Sozialgesetzgebung *Bismarcks* ein, wobei der »Antrag Galen« als erster Ansatz miteinbezogen wird. Seine Handels- und Wirtschaftspolitik, die Ende der siebziger Jahre entscheidend die Wende vom Wirtschaftsliberalismus zum Interventionsstaat mittrug, wird hingegen nur gestreift. Dieser Beitrag will nicht nur die Aufmerksamkeit auf ein bisher nicht recht beachtetes Feld der frühen Zentrumspolitik lenken, sondern auch skizzieren, welche Integrationsleistung diese Volkspartei erbringen mußte, den schutzzollfreundlichen Kurs bei ihrer sozial inhomogenen Anhängerschaft zustimmungsfähig zu machen.

II. DIE »FREIE WIRTSCHAFTLICHE VEREINIGUNG«

Am 17. Oktober 1878 gaben von 397 Reichstagsabgeordneten 204, die in der »Freien wirtschaftlichen Vereinigung« zusammengeschlossen waren, außerparlamentarisch eine schutzzöllnerische Resolution ab, an deren Schluß es heißt:

»Obschon von verschiedenen handelspolitischen Gesichtspunkten ausgehend, finden sich die Unterzeichneten doch in dem Grundgedanken vereinigt, daß die schwierigen Fragen der deutschen Handelspolitik nicht lediglich nach den Schlagwörtern von Freihandel und Schutzzoll gelöst werden können, daß es vielmehr entscheidend darauf ankommt, die

wirklichen und vermeintlichen Gegensätze der Interessenten mit Sachkenntnis, Umsicht und Vaterlandsliebe auszugleichen.«¹

Es unterschrieben diese interfraktionelle Erklärung 87 Zentrumsabgeordnete, 36 Konservative, 39 Freikonservative (Reichspartei), 27 Nationalliberale und Mitglieder kleinerer Fraktionen². Die »Erklärung der 204« war Ausdruck eines organisierten Gruppeninteresses, deren treibende Kräfte der »Centralverband Deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrnehmung nationaler Arbeit« (CDI) und Teile der »Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer« waren³.

Treibende Kraft bei der Gründung des CDI war der Freikonservative *Wilhelm von Kardorff*, dessen 1875 erschienene Schrift »Gegen den Strom«⁴ als programmatisch für die schutzzöllnerischen Argumente für Industrie und Landwirtschaft angesehen werden kann. Da *Kardorff* mit seiner Broschüre zwar Aufsehen, aber keine greifbaren Erfolge erzielte, lud er noch im selben Jahre Industrielle zu einer Besprechung ein, aus der die Gründung des CDI am 16. Februar 1876 hervorging⁵. Säulen des CDI waren die von der 1873 einsetzenden Rezession besonders getroffenen Baumwoll- und Eisenindustrien. Von der Baumwollbranche ist besonders der »Verein süddeutscher Baumwollindustrieller« (VSB) zu nennen, der sich als Pressure-group 1859 anlässlich der 1860 bevorstehenden Zollverhandlungen des Deutschen Zollvereins mit Österreich gebildet

¹ Zitiert nach *Eugen Richter*, Im alten Reichstag. Erinnerungen II, Berlin 1896, 92. Auch bei *Carl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815–1914 III, Köln 1927, 369f. (Zitiert: *Bachem* III).

² *Carl Bachem* III, 369. – *Eugen Richter*, Im alten Reichstag, 93. – Einige Namen bei *Helmuth Böhme*, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848–1881, Köln, Berlin 1966, 506, Anm. 222 (Zitiert: *Böhme*, Großmacht). – Geringfügig abweichende Zahlen nennt *Karl W. Hardach*, Die Wiedereinführung der Eisen- und Getreidezölle in Deutschland 1879, Berlin 1967, 155 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 7): Zentrum 81, Welfen 6 (= 87 bei den anderen Autoren), Reichspartei (Freikonservative) 39, Deutsch-konservative 36, Nationalliberale 28, Volkspartei 2, Fortschrittspartei 1, ohne fraktionelle Bindung 10 (Zitiert: *Hardach*, Wiedereinführung).

³ »Auf dem Bündnis dieser beiden Organisationen beruhte der Zolltarif von 1879, die Regierungsvorlage entstand direkt aus einem Entwurf des Zentralverbandes.« *Thomas Nipperdey*, Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: Moderne deutsche Sozialgeschichte, hrsg. von *Hans-Ulrich Wehler*, Köln, Berlin ²1970, 269–388, 371.

⁴ Berlin 1875.

⁵ Nach *Karl W. Hardach*, Wiedereinführung, 166f.

hatte⁶. Von der Eisenindustrie traten zunächst nur die traditionell⁷ schutzzöllnerisch gesonnenen nassauischen, rheinisch-westfälischen und elsäß-lothringischen Mitglieder⁸ des im Oktober 1874 gegründeten »Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller« (VDE) bei⁹. Nachdem die oberschlesischen Mitglieder ihren Widerstand gegen den Schutzzoll aufgegeben hatten, trat Ende April 1877 der VDE als solcher dem CDI bei¹⁰.

Die wichtigste Funktion des CDI, dessen Leitung *Kardorff* bereits im Mai 1876 niederlegte¹¹, war die Koordinierung der Zollwünsche seiner Mitglieder, die nicht immer auf gleicher Linie lagen. Interessengegensätze mußten ausgeglichen werden. »Die Geschäftsführung des CDI arbeitete einen Entwurf für einen autonomen industriellen Zolltarif aus, der bereits im Dezember 1877 dem Führungsgremium des CDI, der Delegiertenversammlung, vorlag. Einzelne, nach Wirtschaftszweigen aufgeteilte Kommissionen berieten die näheren Einzelheiten der Tarifpositionen und legten ihre Ergebnisse zur Revision der Delegiertenversammlung vor, die ihrerseits wieder den Gesamttarif zur Beschlußfassung dem CDI im Februar 1878 unterbreitete.«¹² Nachdem die Interessengegensätze innerhalb des CDI beseitigt worden waren, konnte der CDI geschlossen und machtvoll in den Kampf um den Schutzzoll eingreifen.

Die Agitation des CDI hatte zwei Stoßrichtungen: den Reichstag und die Regierung. Bereits im 1877 gewählten Reichstag gründete der Freikonservative *Friedrich Gottlob Karl Freiherr Varnbüler von und zu Hemmingen* die schutzzöllnerische »Freie wirtschaftliche Vereinigung«¹³, der aber nur 66 Abgeordnete beitraten¹⁴. Dank der Agitation und Wahlhilfe¹⁵ des

⁶ *Karl W. Hardach*, Wiedereinführung, 168.

⁷ Bereits 1859 vertrat der »Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen« schutzzöllnerische Politik. Vgl. *Hans Rosenberg*, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967, 156 (Zitiert: *Rosenberg*, Depression).

⁸ Elsaß-Lothringen hatte durch die Rezession verschärfte Umstellungsschwierigkeiten vom französischen zum deutschen Markt.

⁹ *Karl W. Hardach*, Wiedereinführung, 167.

¹⁰ Ebenda, 168.

¹¹ *Karl W. Hardach* gibt an, daß *Kardorff* den CDI nicht in den Ruf eines freikonservativen Ablegers bringen wollte, schließt aber nicht aus, daß das Fernbleiben der oberschlesischen Eisenindustriellen sein Interesse am CDI verringerte (ebenda, 169).

¹² Ebenda.

¹³ Ebenda, 166.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Der CDI und der VDE gründeten ein »wirtschaftliches Centralwahlcomité«, welches 100 unbedingt industriefreundliche Abgeordnete unterstützte, 50 Freihändler mit allen Mitteln bekämpfte. Näheres bei *Helmut Böhme*, Großmacht, 504; vgl. auch *Thomas Nipperdey*, Interessenverbände und Parteien, 376–378.

CDI erhöhte sich ihre Mitgliederzahl in dem am 30. Juli 1878 gewählten Reichstag auf die bereits genannte Zahl 204. Damit war das Schutzzollprogramm als solches im Reichstag gesichert.

Zudem war mit der »Freien wirtschaftlichen Vereinigung« die Möglichkeit zur parlamentarischen Aktion geschaffen, ohne daß die verschiedenen Fraktionen, welche nicht einheitlich schutzzöllnerisch eingestellt waren¹⁶, befragt werden mußten. Die Verzahnung zwischen dem CDI und der »Gruppe der 204« ging über den Abgeordneten *Bentzsch*, der sowohl Geschäftsführer der »Vereinigung« als auch Mitglied des CDI war¹⁷. Einige weitere Schlüsselpositionen hielt die Industrie mit *Dr. Wilhelm Löwe-Calbe*, Hospitant der Nationalliberalen, besetzt, welcher Vorsitzender der Tarifkommission des Reichstages wurde. Sein Schwager *Louis Baare*, Generaldirektor des »Bochumer Vereins«, versorgte ihn mit dementsprechendem Material¹⁸. Ferner gelang es dem CDI, Mitglieder in die Bundesratskommission für die Eisen-, Baumwoll- und Leinenenquête zu entsenden; so die Industriellen *Carl Freiherr von Stumm-Halberg* und *Albert Serlo* für die Eisenenquête, in die Baumwoll- und Leinenkommission *A. Heimendahl*, *Viktor Websky-Wüstewaltersdorf*, *Theodor Haßler* und *Theodor Schlumberger*¹⁹. Es gelang dem CDI auch, die Enquête-Befragung in seinem Sinn zu steuern²⁰.

Der landwirtschaftliche Interessensverband war die 1876 gegründete »Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer«, deren ursprüngliches Wirtschaftsprogramm jedoch keine Absage an den Freihandel enthielt. Eine Wende bahnte sich nach den schlechten Ernten der Jahre 1875 und 1876 an, als, statt wie gewohnt, die Ernteverluste nicht durch höhere Preise kompensiert wurden, sondern auf dem niedrigen Weltmarktniveau blieben²¹. Die internen Verbandsauseinandersetzungen um Schutzzoll oder Freihandel endeten erst im Februar 1879 mit dem Sieg der Schutzzöllner²². Das Bündnis zwischen Industrie und Landwirtschaft in Fragen des Schutzzolles wurde zu Beginn des Jahres 1877 durch ein gegenseitiges Stützbündnis zwischen dem von den Industriellen beherrschten »Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen« und der westdeutschen Landwirtschaft vorbereitet. Mit der allmählichen Wende der ostdeutschen

¹⁶ Siehe *Karl W. Hardach*, Wiedereinführung, 156.

¹⁷ *Hans Rosenberg*, Depression, 166.

¹⁸ Ebenda, 167.

¹⁹ *Helmut Böhme*, Großmacht, 510f.

²⁰ Ebenda, 515f.

²¹ *Hans Rosenberg*, Depression, 163.

²² Siehe *Karl W. Hardach*, Wiedereinführung, 159–163.

Landwirtschaft zum Schutzzoll hin ab Mitte des Jahres 1877 war der Pakt vollendet. Zwar kam es um die Jahreswende 1878/79 zu einer Bündnis-krise, die, wenn auch unter Druck *Bismarcks*²³, überwunden werden konnte. Industrie und Landwirtschaft zusammen begehrten Schutzzoll für ihre Güter und Produkte und kämpften um seine Durchsetzung Hand in Hand.

Die »Freie wirtschaftliche Vereinigung« war in der deutschen Parlaments-geschichte ein Novum. Sie wurde nicht inmitten des Parlaments geboren, sondern war die parlamentarische Speerspitze organisierter wirtschaftlicher Interessen der Großindustrie und der Großagrari-er²⁴. Die 1873 einsetzende Rezession verursachte eine allgemeine Strukturveränderung des politischen Raumes.

»In den Vordergrund des politischen Parteilebens trat jetzt eine mehr unverhüllte und prosaische Verfolgung der Interessen von landwirtschaftlichen Großgrund- und Klein-grundbesitzern, Großindustriellen, Bankiers, Großkaufleuten, Kleingewerblern, Lohnar-beitern, Privatangestellten und Vertretern der freien Berufe, Interessen, die bisher nur als Unterströmungen wirksam waren, nunmehr aber mit der bewußteren und offeneren Betonung gesellschaftlicher Klassenziele und materieller Gruppenbelange dem deutschen Nationalleben ein wesentlich verändertes Aussehen gaben. Anstelle der Kontroversen über politische Freiheit, das Verhältnis von Macht, Recht und Moral und die Durchsetzung oder Verhinderung der Parlamentarisierung wurde der Kampf um wirtschaftliche Sicherheit und sozialen Status und die infolge der Verschärfung des Klassenkampfes und nationalen Unfriedens nach den sogenannten Einigungskriegen zur Fiktion gewordene nationale Einheit im Inneren zum Brennpunkt der öffentlichen Auseinandersetzungen.«²⁵

Das Vordringen des Momentes der Interessensvertretung wirkte sich naturgemäß auf die Parteienstruktur und -konstellation aus. Es begann der Prozeß der Umwandlung der Honoratiorenparteien in Interessen-gruppen vertretende Parteien: der Großgrundbesitz wurde künftig von den Konservativen, die Großindustrie von den Freikonservativen und Rechtsliberalen, der Handel von den Nationalliberalen, das Kleinbürger-tum vom Fortschritt vertreten²⁶.

In der Parteienkonstellation der »Freien wirtschaftlichen Vereinigung« nahm das Zentrum eine Sonderstellung ein: keiner wirtschaftlichen Interessengruppe direkt zuzurechnen und vom Reichskanzler mit dem Makel der Reichsfeindlichkeit belegt. Welches waren die Gründe und Motive des Zentrums, den Schutzzollgedanken zu unterstützen?

²³ Näheres *Helmut Böhme*, *Großmacht*, 532 ff.

²⁴ Vgl. *Hans Rosenberg*, *Depression*, 164.

²⁵ Ebenda, 128.

²⁶ Vgl. *Helmut Böhme*, *Großmacht*, 508.

III. DIE HANDELSPOLITIK DES ZENTRUMS WÄHREND DER ERSTEN LEGISLATURPERIODE DES DEUTSCHEN REICHSTAGES

Das Zentrum war eine der machtvollsten Erscheinungen im vielfältigen Bild des deutschen organisierten Katholizismus. Hervorgegangen wie alle katholischen Organisationen des 19. Jahrhunderts aus dem empfundenen Bedürfnis, den Katholizismus und die katholischen Bürger gegenüber Staat und Gesellschaft zu verteidigen und den Katholiken im Deutschen Reich das uneingeschränkte Bürgerrecht zu erkämpfen. Die katholische Kirche und die Katholiken sahen sich infolge des Syllabus, einer publizistischen Fehlleistung ersten Ranges, und des Vaticanum I heftigsten Angriffen des Protestantismus und des Liberalismus ausgesetzt, die in Deutschland im Kulturkampf ihren Höhepunkt erreichten. Da die politischen Entscheidungen nicht mehr im Stil alter absolutistischer Kabinetts politik gefällt wurden, sondern die parlamentarischen Vertretungen entscheidendes Gewicht erhalten hatten, mußte der Katholizismus im eigenen Interesse in ihnen vertreten sein. Die Zentrums Partei, 1870 für Preußen gegründet und 1871 auf das Reich ausgedehnt, war die politische Vertretung des deutschen Katholizismus, obwohl die Partei sich als eine rein politische Partei wie jede andere auch verstand²⁷.

Von dieser Entstehungsgeschichte her, die nur angedeutet werden konnte, ist es verständlich, daß in den Wahlaufufen des Zentrums allgemeinpolitische und kirchenpolitische Forderungen, insbesondere während der Kulturkampfzeit, dominierten. Im Gründungsprogramm der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses ist von der Fortentwicklung der verfassungsmäßigen Rechte und der Selbständigkeit der Kirche die Rede²⁸. Im Aufruf der Zentrumsfraktion im preußischen Abgeordnetenhaus zu den Reichstagswahlen 1871 und im Programm der »Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages« wird die Freiheit der Kirchen gefordert, zum Förederalismus ein klares Bekenntnis abgelegt und eine Förderung des moralischen und materiellen Wohls aller Volksklassen postuliert²⁹.

Ein näherhin bestimmbares Wirtschaftsprogramm wurde nicht vorgelegt. Eher Aufschluß über handels- und wirtschaftspolitische Vorstellungen

²⁷ Für den hier behandelten Zeitraum siehe *Heinrich Tötter*, Bismarck und das Zentrum. Der Kampf des Zentrums um seine Anerkennung als unabhängige politische Partei in den Jahren 1878/79, Karlsruhe 1938.

²⁸ Abgedruckt bei *Carl Bachem* III, 128.

²⁹ Die beiden Dokumente sind bei *Carl Bachem* III, 136–139, abgedruckt.

des Zentrums gibt das »Programm von Münster« anlässlich der Wahl 1870 zum preußischen Abgeordnetenhaus, in dem es heißt: »Grundbesitz – Arbeit – Kapital, diese materiellen Träger der bürgerlichen Gesellschaft, bedürfen des Gleichgewichts.«³⁰ Damit klang zum erstenmal an, was die Maxime des Zentrums in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen werden sollte: Ausgleich der Interessen aller. Das Zentrum stand damit in der Tradition der christlichen Soziallehre. *Leo XIII.* formulierte später in »*Rerum novarum*«, die Kirche mahne Kapitalisten und Proletarier immer an ihre gegenseitigen Pflichten³¹, beide Klassen seien auf Harmonie und Gleichgewicht hin angeordnet³². – Was das »Programm von Münster« noch undifferenziert sagt, ist im Wahlauf Ruf 1893 ausdifferenziert zu finden.

»In dem Bewußtsein der verfassungsmäßigen Pflicht jedes einzelnen Abgeordneten, »Vertreter des gesamten Volkes« zu sein, werden wir jede Sonderinteressenvertretung, sie möge heißen, wie sie wolle, nachdrücklich bekämpfen, weil sie der Tod unseres Verfassungslebens und die unbillige Gefährdung aller anderen gleichberechtigten Interessen unseres weiten, von den verschiedenartigsten und oft entgegengesetzten Interessen bewegten Vaterlandes wäre. Aber wir werden bei der unverdrossensten Fürsorge für jedes Einzelinteresse in gleich austeilender Gerechtigkeit und tatkräftiger Zügelung an die Gesamtheit die widerstrebenden Interessen billig gegeneinander abzugleichen und zu des Ganzen wie der Teile Wohlfahrt miteinander versöhnen suchen. Unsere Zusammensetzung aus allen deutschen Gauen und allen Berufsarten der vaterländischen Gesellschaft weist uns darauf hin und befähigt uns dazu besonders; und unser Grundsatz, daß die idealen Interessen der Reichsgemeinschaft allen materiellen Interessen der Angehörigen des Reichs vorgehen und immer vorgehen müssen, wird uns dabei vor Irrungen und Unrecht bewahren.«³³

Des Zentrums Wähler waren Groß- und Kleinbauern, Kleinbürger, Arbeiter und Unternehmer; seine Schwerpunkte lagen im Rheinland, in Westfalen, Schlesien, in Teilen Ostpreußens, in Baden und Bayern. Die wirtschaftliche und soziale Interessenslage seiner Wähler war inhomogen, so daß das »Zentrum immer erst einen Ausgleich der Interessen in sich selber suchen«³⁴ mußte. Auch deswegen war kein mittel- oder langfristiges Wirtschafts- und Sozialprogramm zu erwarten.

Im Mai 1873 brachte der Konservative *Carl Graf von Behr-Behrenhoff* einen Initiativantrag im Reichstag ein, die letzten Zölle auf Eisen, Stahl und Eisen- und Stahlwaren zum 1. Januar 1874 aufzuheben³⁵. Die

³⁰ Zitiert nach *Carl Bachem* III, 102. Sperrungen im Original.

³¹ *Leo XIII.*, Enzyklika *Rerum novarum*, in: *Mensch und Gemeinschaft in christlicher Schau*. Dokumente, hrsg. von *Emil Marmy*, Freiburg/Schweiz 1945, Nr. 529.

³² Ebenda, Nr. 528.

³³ Zitiert nach *Matthias Erzberger*, *Das deutsche Zentrum*, Amsterdam 1912, 86.

³⁴ Ebenda, 85.

³⁵ Anlage Nr. 88 zur I. Legislaturperiode, IV. Session 1873; in: *Hermann von Festenberg-Packisch*, *Deutschlands Zoll- und Handelspolitik 1873–1877*. Die zoll- und handelspolitischen Debatten im Deutschen Reichstage während der drei ersten Legislaturperioden.

Einbringung des Antrages unterstützten vom Zentrum zwölf Abgeordnete³⁶. Der »Antrag Behr« wurde im Juni 1873 zusammen mit einer Regierungsvorlage³⁷, die den Fortfall bzw. weitere Zollsenkungen für Eisen, Stahl, Eisen- und Stahlwaren und einige landwirtschaftliche Produkte vorsah, behandelt.

An der Debatte beteiligten sich vom Zentrum die Abgeordneten *Otto Freiherr von Loë*, *Hermann von Mallinckrodt* und *Ludwig Windthorst*. *Mallinckrodt*, der betont, nicht für die Fraktion zu sprechen, geht in seinem Beitrag von pragmatischen Überlegungen aus.

»Ich meinerseits gehe nun keineswegs von einem freihändlerischen Standpunkte aus . . . Ich bin früher des oeffteren in der Lage gewesen, mich in schutzzöllnerischer Richtung durch meine Boten auszusprechen, auch selbst in Bezug auf die Eisenzollfrage; allein jede Berechtigung eines Schutzzolles hört meines Erachtens mit dem Augenblicke auf, wo die Industrie zu ihrer Erhaltung, zu ihrer weiteren Entwicklung eines derartigen Schutzes nicht mehr bedarf. Es ist deshalb die Frage, ob in diesem Augenblicke die Lage der Eisenindustrie eine solche ist, daß sie der bisher gewährten Vergünstigung füglich entbehren kann, oder ob durch eine solche Entziehung des Schutzes ihr ernstlichen Schaden droht.«³⁸ Und er kommt zu dem Schluß, daß ein weiteres Beibehalten der Eisenzölle eine künstliche Bereicherung wäre. Dies ist für ihn als einem dem Interessenausgleich verpflichteten Politiker nicht annehmbar.

Loë und *Windthorst* verzichten auf eine Begründung ihres freihändlerischen Standpunktes, sie begnügen sich mit der lapidaren Feststellung, sie seien es³⁹. Hingegen erläutern sie, warum sie für eine zeitliche Verschiebung des Eintritts der vollen Zollfreiheit auf den 1. Januar 1877, ein Kompromißtermin, der sich während der parlamentarischen Beratungen ergab, eintreten. *Loë* führt Übergangsschwierigkeiten an, die Industrie brauche Zeit, sich auf die volle Zollfreiheit einzustellen. »Nachdem nun

Nach den stenographischen Berichten zusammengestellt von . . ., Berlin 1879, 350f. (Zitiert: *Festenberg-Packisch*).

³⁶ Siehe Anlage 2. – Die Feststellung *Edith Müllers*, Die katholische Wirtschafts- und Gesellschaftsidee in der Politik des Zentrums im Reichstag von 1871–1879, Diss. rer. pol. Frankfurt a. M. 1954, 138, das Zentrum sei nicht an dem Antrag von verschiedenen Abgeordneten zur Aufhebung der letzten Zölle auf Eisen- und Stahlwaren beteiligt gewesen, trifft nicht zu.

³⁷ Anlage Nr. 192 zur I. Legislaturperiode, IV. Session 1873; *Festenberg-Packisch*, 351–370.

³⁸ Reichstagsrede 20. Juni 1873; *Festenberg-Packisch*, 223–225, 224. Sperrungen im Original.

³⁹ *Loë*, Reichstagsrede 24. Juni 1873; *Festenberg-Packisch*, 293f.; *Windthorst*, Reichstagsrede 24. Juni 1873; ebenda, 306–309.

einmal sich eine so kolossale Eisenindustrie auf der Basis des Schutzzolles gebildet hat, hat die Eisenindustrie ein wohl erworbenes Recht darauf, daß ihr diese Basis nicht plötzlich unter den Füßen entzogen werde, sie hat ein wohl erworbenes Recht darauf, daß sie nicht plötzlich der Gefahr des Ruins preisgegeben werde, sie hat ein Recht darauf, daß ihr Zeit gelassen werde, neue Absatzwege ausfindig zu machen. Wie gesagt, sowohl in Beziehung auf den Eisenschutzzoll als auch in Beziehung auf den Schutzzoll für Stärke bin ich dafür, daß der Termin für die vollständige Aufhebung des Zolles bis zum Jahre 1877 hinausgeschoben werde, und ich bitte Sie, meine Herren, deshalb an dem einmal geschlossenen Kompromiß . . . festzuhalten.«⁴⁰ *Windthorst* begründet die Zeitverschiebung zusätzlich mit der Rücksicht auf die Arbeiter, die von den Schwierigkeiten der Industrie besonders betroffen sein würden, deren Wohl und Wehe ihm vor dem der Fabrikanten komme⁴¹. – Der industrieschutzzöllnerisch eingestellte *Peter Franz Reichensperger*, der einzige in der ersten Reichstagsfraktion⁴², der über ein ausgedehntes volkswirtschaftliches Wissen verfügte⁴³, äußerte sich nicht.

Wie stark die Zentrumsfraktion freihändlerisch eingestellt war, geht auch aus der Abstimmung über den abgelehnten Änderungsantrag *Dr. Theodor Wilhelm Lesse / Dr. Georg von Bunsen / Richard Krieger (Lauenburg)*, der den 1. Januar 1876 statt den 1. Januar 1877 für das Inkrafttreten des neuen Zollvereinstarifs vorsah, hervor, bei der 13 von 30 anwesenden Zentrumsmitgliedern mit »Ja« stimmten⁴⁴. Wie die Mitglieder der Zentrumsfraktion in der Schlußabstimmung über das Zollvereinstarifgesetz abgestimmt haben, läßt sich den Reichstagsprotokollen nicht entnehmen, da die Abstimmung nicht namentlich war.

Mit der Annahme des neuen Zollvereinstarifgesetzes schien der Kampf Freihandel kontra Schutzzoll endgültig mit dem Sieg der Freihändler geendet zu haben. *Windthorst* schließt seine bereits erwähnte Rede mit den Worten:

»Glauben Sie denn, daß, wenn das nächste Parlament selbst sehr stark schutzzöllnerisch wäre, ein derartiger Beschluß zurückgenommen werden könnte? Sachlich ist das unmöglich. Denn unter dem Beschlusse, der hier gefaßt wird, entstehen tagtäglich neue Interessen und unter denselben wird die ganze Industrie ihre Kalküle machen, und man würde diese

⁴⁰ *Festenberg-Packisch*, 293 f.

⁴¹ Ebenda, 306.

⁴² Später kam *Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst* hinzu. Siehe *Edith Müller*, Die katholische Wirtschafts- und Gesellschaftsidee, 75.

⁴³ Näheres hierzu *Else Herx*, Peter Franz Reichensperger als Wirtschafts- und Sozialpolitiker, Diss. rer. pol. Köln, Bergisch-Gladbach 1933.

⁴⁴ *Festenberg-Packisch*, 340–343. Siehe Anlage 3.

Kalküle dann sehr gestört finden, wenn man das demnächst aufheben wollte, was man beschlossen hat, das ist sachlich unmöglich.

Endlich aber vertraue ich der freiheitlichen Richtung im Handelssystem mehr, meine Herren! Ich bin überzeugt, dieselbe ist stetig im Fortschritt, und jeder Versuch, dieselbe dauernd zur Umkehr zu bringen, wird jämmerlich scheitern.«⁴⁵

Für diesen Zeitraum vor der Auswirkung des Gründerkraches in Deutschland kann vom Zentrum gesagt werden, daß seine Mitglieder ebenso wie die Konservativen und die Liberalen von der Zweckmäßigkeit des Freihandels überzeugt waren. »Das Zentrum schwamm mit im Strome des freien Handels ebenso wie die Konservativen. Auch mögen im Zentrum agrarische Interessen, wenn auch nicht in dem Maße wie bei den Konservativen, mitbestimmend gewesen sein.«⁴⁶ Wie ein Blick in die Mitgliederliste der ersten Reichstagsfraktion zeigt, waren über ein Viertel der Fraktion adelige Grundbesitzer⁴⁷. Bei der Abstimmung 1873 war die vom Zentrum eingenommene Position wegen der überwältigenden freihändlerischen Mehrheit im Reichstag parlamentarisch nicht von Bedeutung.

IV. DIE HANDELPOLITIK DES ZENTRUMS IN DER ZWEITEN LEGISLATURPERIODE DES DEUTSCHEN REICHSTAGES

Anlaß zu einer Neuorientierung des Zentrums in handels- und wirtschaftspolitischen Fragen war die 1873 einsetzende Rezession. Während der zweiten Legislaturperiode, III. Session, liefen in der Reichstagskommission für Petitionen viele Schriften für und wider das Zolltarifgesetz vom 7. Juli 1873 ein. Im dritten Kommissionsbericht vom 27. November 1875 an das Plenum heißt es: »Gegen die Ausführung dieser gesetzlichen Bestimmung erheben eine größere Anzahl von Korporationen, Vereinen und Privatpersonen, welche in mehr oder minderer Weise bei der Eisen-, Stahl- und Maschinen-Industrie interessiert sind, lebhaften Widerspruch, während andererseits aus den Kreisen des Handelsstandes, der Landwirthe und Industriellen, von Korporationen, Vereinen und Privatpersonen aufs Wärmste die Durchführung dieser Gesetzesvorschrift befürwortet wird.«⁴⁸

⁴⁵ *Festenberg-Packisch*, 309.

⁴⁶ *Donald Freiherr von Hirsch*, Stellungnahme der Zentrumspartei zu den Fragen der Schutzzollpolitik in den Jahren von 1871 bis zu Bismarcks Rücktritt, Diss. rer. pol. Köln, München 1926, 17f.

⁴⁷ Siehe *Carl Bachem* III, 138.

⁴⁸ Anlage Nr. 59 zur II. Legislaturperiode, III. Session 1875/76; *Festenberg-Packisch*, 551–575, 551.

Vom Zentrum nimmt *Franz Xaver Graf von Ballestrem*, ein schlesischer Eisen- und Stahlmagnat sowie Grundbesitzer, an der Debatte über die Berichterstattung der Petitionskommission teil. Er hielt es für seine Pflicht, das Wort zu ergreifen für eine große vaterländische Industrie, die viele Tausende von Arbeitern in verschiedenen Gauen des Deutschen Reiches beschäftigte⁴⁹. Seine Ausführungen wolle er sehr kurz halten, da *Dr. Wilhelm Löwe-Calb* sehr viel von dem bereits gesagt habe, was er sagen wollte. Zwar gäbe es auch eine konjunkturelle Komponente der gegenwärtigen Krise, aber durch den Bessemerstahl sei die Eisenstahlindustrie auch in eine strukturelle Krise geraten. »Lassen Sie doch der Industrie Zeit, meine Herren, damit unsere Techniker noch Verfahren finden, wodurch die heimische Industrie wieder konkurrenzfähig wird mit dem Ausland!«⁵⁰ Und er verweise nicht zuletzt auf die Not der Arbeiter, die unter der Krise besonders zu leiden hätten.

Zeit zur Anpassung. Mit diesem Argument hatten *Loë* und *Windthorst* im Juni/Juli 1873 für die Hinauszögerung der endgültigen Zollfreiheit auf den 1. Januar 1877 votiert. Wie *Mallinckrodt* spricht *Ballestrem* dem Zoll Schutzfunktionen zu. Während der inzwischen verstorbene *Mallinckrodt* meinte, die Industrie könne und müsse nun darauf verzichten, gibt es für *Ballestrem* einen neuen Umstand, nämlich das Bessemerverfahren, der einen weiteren temporären Schutz rechtfertige.

Ballestrem liegt auf einer Linie mit dem exponierten Vertreter der Schwerindustriellen von der Ruhr, *Löwe*. Während *Ballestrem* bereits Ende 1875 für den Schutzzoll plädierte, konnten sich seine schlesischen Landsleute erst Ende April 1877 dem Schutzzollgedanken anschließen.

Ballestrem kann nicht als repräsentativer Vertreter des Zentrums angesehen werden. Es läßt sich nicht feststellen, ob die Vertreter des Zentrums im Petitionsausschuß⁵¹ den Antrag der Kommission, das Plenum möge zur Tagesordnung übergehen, mittragen. Von wem die drei Stimmen, die Petitionen, soweit sie eine Verschiebung des Zollaufhebungstermines 1. Januar 1877 befürworteten, dem Reichskanzler zur Erwägung zuzuleiten, stammten, ist dem Kommissionsbericht nicht zu entnehmen. Der Parlamentsneuling und Zentrumsabgeordnete, Mitglied der Kommission für Petitionen, *Georg Freiherr von Hertling* schreibt am 25. November 1875 an seine Frau, der Ausgang der Kommissionssitzung entspräche nicht ganz seinen Wünschen und Ansichten. Wegen Rücksicht auf seine mangelhafte Faktenkenntnis habe er es unterlassen, in die Kommissions-

⁴⁹ Reichstagsrede 7. Dezember 1875; *Festenberg-Packisch*, 638–640.

⁵⁰ Ebenda, 639.

⁵¹ Die Mitglieder des Petitionsausschusses sind bei *Festenberg-Packisch*, 575, genannt.

debatte einzugreifen⁵². Im Brief vom 28. November 1875 gibt er seinem Wunsch für die bevorstehende Plenarsitzung Ausdruck, »daß irgendeiner von unsern Leuten wenigstens ein gewisses Interesse für den Notstand der Eisenindustrie an den Tag legte«⁵³. Bei der Zentrumsfraktion als solcher schien die Eisenzollfrage kein Thema zu sein⁵⁴. Von einer Fraktionssitzung, die immer dann einberufen wurde, wenn es galt, in einer gewichtigen Frage eine Fraktionsmeinung zu bilden, berichtet *Hertling* nichts. Für die Eisenzollfrage schienen sich nur die zu interessieren, die aus persönlichen Gründen dazu motiviert waren: *Ballestrem* als Hütten- und Grubenbesitzer; *Hertling* wegen seiner Jugendfreundschaft zur Familie *Lossen*, seit Generationen Eisenmänner und Hüttenleute⁵⁵ oder *Friedrich Christoph Forcade de Biaix*, der bei der Wahl 1874 im Krupp-Wahlkreis Essen für das Zentrum gewählt worden war.

Ballestrem und *Forcade de Biaix* nahmen während der Plenumsdebatte den in der Petitionskommission gescheiterten Antrag wieder auf, die Schutzzollpetitionen dem Reichskanzler zur Erwägung zuzuleiten. Die Einbringung des Antrages wurde von mehr als 30 Mitgliedern des Hauses unterstützt⁵⁶, aber durch den Übergang zur Tagesordnung – mit großer Mehrheit⁵⁷ – erledigt⁵⁸.

Mit dem Übergang zur Tagesordnung war die Eisenzollfrage zunächst vom Tisch. Am 10. Dezember 1876 bringt das Zentrum unter der Leitung *Windthorsts* einen Novellierungsantrag zum Zollvereinstarifgesetz vom 7. Juli 1873 ein, der die volle Zollfreiheit mit Ausnahme landwirtschaftlicher Maschinen, Geräte, Teile derselben und Lokomobile auf den 1. Januar 1879 hinausschieben will. Dieser Antrag, der von 40 der 91

⁵² *Georg von Hertling*, *Erinnerungen aus meinem Leben I*, München 1919/20, 293. – Obgleich *Edith Müller*, *Die katholische Wirtschafts- und Gesellschaftsidee, Hertlings Erinnerungen in ihrem Literaturverzeichnis* nennt, wertet sie diese Tagebucheintragungen nicht aus.

⁵³ *Georg von Hertling*, *Erinnerungen*, 294.

⁵⁴ Keine Erwähnung der Debatte bei *Carl Bachem III*; *Else Herx*, *Peter Franz Reichensperger*; *Ludwig Pastor*, *August Reichensperger. Sein Leben und sein Wirken auf dem Gebiet der Politik, der Kunst und der Wissenschaft*, 2 Bde, Freiburg 1899; *Eduard Hüsgen*, *Ludwig Windthorst. Sein Leben, sein Wirken*, Köln 1911.

⁵⁵ *Georg von Hertling*, *Erinnerungen*, 294 f.

⁵⁶ *Festenberg-Packisch*, 641.

⁵⁷ Ebenda, 645.

⁵⁸ Wie *Donald Freiherr von Hirsch* in seiner Dissertation trotz dieses »Antrages Ballestrem« zu dem Urteil gelangt, dieser »hielt sich im ganzen ziemlich zurück« (21), ist nicht einleuchtend. Einen Antrag einbringen, bedeutet, sich zu exponieren. Zudem nennt *Hirsch* diesen Antrag nicht, jedoch einen »Antrag Löwe«, der im Reichstagsprotokoll nicht verzeichnet ist, und er beruft sich auf die Reichstagsitzung vom 12. Dezember 1875. An diesem Tage wurde innerhalb der Budgetdebatte über Militärausgaben verhandelt.

Mitglieder umfassenden Zentrumsfraktion unterzeichnet war⁵⁹, »bedeutet den ersten Versuch des Zentrums aktiv in die Zollpolitik einzugreifen«⁶⁰. Der »Antrag Ballestrem/Forcade de Biaix« ein Jahr zuvor hingegen war ein Einzelantrag.

Zugleich lag dem Reichstag ein Regierungsentwurf vor, welcher eine sofortige Grenzausgleichsabgabe gegenüber den titres d'acauts-à-caution-Vergünstigungen des Auslandes für deren metallverarbeitende Industrie vorsah⁶¹. Die Regierungsvorlage wurde zuerst behandelt. Bei deren Plenarberatung am 12. Dezember 1876 läßt sich der Zentrumsabgeordnete *Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst*, Gründer und Leiter des »Westfälischen Bauernvereins«⁶², grundsätzlich über Freihandel und Schutzzoll aus. Er räumt ein, früher einmal selbst Freihändler gewesen zu sein, jetzt aber nach einem Literaturstudium und eigener Besichtigung an Ort und Stelle habe er seine Meinung revidiert. Jetzt sei sein Standpunkt:

Ich »will nicht jede Industrie künstlich großgezogen und geschützt haben; ich meine aber, die gesunde, lebensfähige Industrie muß, wenn sie zu ihrer Entwicklung und zu ihrem Fortbestand dessen bedarf, auch den nothwendigen Schutz genießen, und ich sage zweitens: ich bin der Meinung, daß eine gesunde Industrie gewissermaßen das Korrelat einer blühenden Landwirtschaft ist, daß Landwirtschaft und Industrie in der Kulturentwicklung, in der wir uns befinden, Hand in Hand miteinander gehen müssen.

(Sehr richtig.)

Nun halte ich unsere Eisenindustrie für lebensfähig nach den Grundlagen, die sie im Lande hat; ich glaube aber auch, daß sie zur Zeit noch einiges Schutzes bedarf. Was ich von meinem Standpunkt vor allem wünschen muß, ist, daß mindestens die Reziprozität gelte; daß nicht durch unsere Gesetze die eigene inländische Industrie schlechter gestellt sei, wie die ausländische. Deshalb muß ich verlangen, daß, wo es notwendig ist, der entsprechende Schutz gewährt werde!«⁶³

Auch die Landwirtschaft müsse ein Interesse an einer prosperierenden Industrie haben. Eine »blühende Landwirtschaft und eine blühende Industrie reichen sich gegenseitig die Hand, sie sind nicht feindliche Brüder, sondern müssen zusammengehen. Die Industrie ist der Konsument für die Produkte des Ackerbaues und der Viehzucht«⁶⁴. Eine notleidende Industrie bedeute Preisverfall für landwirtschaftliche Erzeugnisse; die Landwirtschaft habe dann die allgemeine Not zu

⁵⁹ Anlage Nr. 101 zur II. Legislaturperiode, IV. Session 1876; *Festenberg-Packisch*, 649f. – Siehe Anlage 4.

⁶⁰ *Donald Freiherr von Hirsch*, Stellungnahme der Zentrumsparlei, 24.

⁶¹ Anlage Nr. 95 zur II. Legislaturperiode, IV. Session 1876; *Festenberg-Packisch*, 646–649.

⁶² Hierzu *Hans Otto Wesemann*, *Der Westfälische Bauernverein*, Diss. rer. pol. Halle 1926.

⁶³ Reichstagsrede 12. Dezember 1876; *Festenberg-Packisch*, 473–481, 474.

⁶⁴ Ebenda, 477.

tragen⁶⁵. Der Eisenzoll, so die Erfahrungen seit 1870, verteure nicht die landwirtschaftlichen Produkte. Als drittes Argument bringt er vor, daß ihm die Eisenzölle ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Frage seien.

»Ich sage, die Frage der Eisenzölle ist insofern für mich auch eine sociale Frage, weil neben dem Ruin der kleineren Werke, der wohl kaum bezweifelt wird, auch noch die Noth der Arbeiter steht. Meine Herren, wenn die Eisenindustrie so zurückgeht, wie das in den letzten Jahren bei uns in Westfalen und am Rhein der Fall war, so ist mir mit einiger Sicherheit berechnet worden, daß in nur wenigen Kreisen 25 bis 30,000 Arbeiter demnächst brotlos und dem Hunger preisgegeben sein werden – da muß ich nun offen gestehen, die Verantwortung für den Hunger der Leute zu übernehmen, ist mir zu groß um den Preis einer Phrase, nämlich der Phrase des Freihandels.

(Sehr richtig! im Centrum.)

Ich muß offen gestehen, daß ich doch lieber den Leuten ihr Brot erhalten will, als daß ich mich entschließen könnte, darum die Zölle preiszugeben.«⁶⁶

Schorlemer-Alst macht mit dieser Rede eine völlige Kehrtwende vom Freihandelssystem zum Schutzzoll. Mit dem Hinweis auf die gemeinsamen Interessen von Landwirtschaft und Industrie deutet er die Bereitschaft zu einem Bündnis zwischen westdeutscher Industrie und Landwirtschaft, welches im Februar/März 1877 zustande kommen sollte⁶⁷, an. An dem Gelingen dieses Bündnisses hatte *Schorlemer-Alst*, der innerhalb des westfälischen Bauerntums frühzeitig⁶⁸ für den Schutzzoll agitierte, großen Anteil⁶⁹. Ab April 1877 propagierte der unter Führung von Zentrumsabgeordneten gegründete »Volkswirtschaftliche Verein für Rheinland«⁷⁰ den Schutzzollgedanken, zunächst nur für Industriegüter. Es dauerte noch bis zum Herbst 1878, bis er auch auf landwirtschaftliche Produkte ausgedehnt wurde⁷¹. Dieses Werben für den Schutzzollgedanken in den Zentrumsschwerpunkten Rheinland und Westfalen⁷² führte zu

⁶⁵ Diesen Gedanken entwickelte *Schorlemer-Alst* bereits im »Pro Memoria und Motive zu dem Statut für einen zu bildenden Bauernverein« aus dem Jahre 1862. Das »Pro Memoria . . .« ist abgedruckt bei *Hans Otto Wesemann*, Der Westfälische Bauernverein, 17–28.

⁶⁶ *Festenberg-Packisch*, 478 f.

⁶⁷ Siehe II. Teil dieses Aufsatzes.

⁶⁸ *Schorlemer-Alst*: »Rudolph Meyer und der Kreis um die ›Christlich-sozialen Blätter‹ waren früher als ihre Parteigenossen von der Notwendigkeit überzeugt, ›to work for the gradual elimination of the more flagrant abuses of laissez-faire industrialism, relying upon benevolence from above, self-help from below and a limited application of state socialism ›from outside‹. (Ralph H. Bowen, German Theories of the period 1870–1919, New York, London 1947, 90)«; *Karl W. Hardach*, Wiedereinführung, 178, Anmerkung 155.

⁶⁹ Ebenda, 117.

⁷⁰ Zu dessen Vorstand gehörten z. B. die Reichstagsabgeordneten *Dr. Peter Joseph Lingens* und *Andreas von Grand-Ry*. – *Edith Müller*, Die katholische Wirtschafts- und Gesellschaftsidee, 77.

⁷¹ *Karl W. Hardach*, Wiedereinführung, 117.

⁷² In den Jahren 1871 bis 1878 erhöhte sich die Mitgliederzahl des Westfälischen Bauernvereins von 1944 bis auf etwa 13 000 (30). »Die Mitglieder des Vereins, soweit sie

einer Geschlossenheit der Partei in wirtschaftlichen Fragen, was nicht unwesentlich mit dem nahezu geschlossenen Beitritt des Zentrums zur »Freien wirtschaftlichen Vereinigung« beitrug⁷³.

Der Reichstag verwies die Regierungsvorlage an eine Kommission. Am 13. Dezember 1876 motivierte *Windthorst* seinen Antrag. Unter Berufung auf die herrschende Rezession begründet er die Beibehaltung des Eisenzolls für weitere zwei Jahre damit, dieser sei im Augenblick das zweckmäßigste Mittel zur Behebung der Not. Habe man sich geirrt, so könne man den Zoll ja fallen lassen. Dieser Weg sei besser, als müßte man sich bei fortdauernder Rezession von den Arbeitern, die in ihren Petitionen an den Reichstag den Eisenzoll befürworteten, später sagen lassen, hätten ihr uns zwei Jahre gegeben, dann wäre diese furchtbare Not nicht auf uns gekommen. Der Prinzipienstreit Freihandel kontra Schutzzoll dürfe nicht zu Lasten der Menschen gehen.

Um seinem Antrag bei der liberalen Reichstagsmehrheit überhaupt die Chance eines Erfolges zu geben, betont er, daß sein Antrag das Prinzip des Freihandels nicht verletze, sondern dessen Verwirklichung lediglich zeitlich hinauszögere; um die ostelbischen Agrarier zu gewinnen, die damals noch freihändlerisch gesonnen waren, nahm sein Antrag landwirtschaftliche Maschinen etc. heraus. Den Einwand des Freihändlers *Dr. Ludwig Bamberger*, durch die Annahme des »Antrages Windthorst und Genossen« schwäche der Reichstag seine Autorität, da er eigene Beschlüsse aufhebe⁷⁴, kontert *Windthorst* pragmatisch mit der Entgegnung, da jetzt eine andere Situation als 1873 gegeben sei, müsse der Reichstag dem neuen Umstand Rechnung tragen. Damit rückt *Windthorst* von seiner 1873 gemachten Äußerung, er halte einen künftigen Kurswechsel vom Freihandel zum Schutzzoll für faktisch unmöglich, ab, ohne sich aber dem Schutzzollgedanken prinzipiell anzuschließen⁷⁵.

In namentlicher Abstimmung unterstützten 52 Zentrumsabgeordnete den »Antrag Windthorst«, 15 votierten gegen diesen, wobei von den Mitunterzeichnern des Antrages 6 abwesend waren⁷⁶. Das Zentrum war noch nicht zu einer einheitlichen Fraktionsmeinung gekommen. Insgesamt wurde der Antrag mit 201 gegen 166 Stimmen abgelehnt.

den Parlamenten angehörten, waren Abgeordnete der Zentrumsparlei« (29); *Hans Otto Wesemann*, *Der Westfälische Bauernverein*, 29 und 30. Über diese Agitation berichtet *Wesemann* nicht.

⁷³ Siehe II. Teil dieses Aufsatzes.

⁷⁴ Reichstagsrede 12. Dezember 1876; *Festenberg-Packisch*, 429–446; 434.

⁷⁵ Reichstagsrede 13. Dezember 1876; *Festenberg-Packisch*, 499–503.

⁷⁶ *Festenberg-Packisch*, 545–551. – Siehe Anlage 5.

V. DIE HANDELSPOLITIK DES ZENTRUMS IN DER
DRITTEN LEGISLATURPERIODE DES DEUTSCHEN REICHSTAGES

Am 18. April 1877 legte die Reichsregierung einen Gesetzentwurf betreffend der Erhebung einer temporären Ausgleichsabgabe auf Eisenwaren vor, solange Drittländer Ausfuhrprämien zahlten⁷⁷, zu dem die Abgeordneten *Dr. Wilhelm Löwe-Calb / Wilhelm von Kardorff / Eduard Jaunez* einen Änderungsantrag einbrachten, dessen wesentlichster Teil neben einer Erhöhung der Gebühren die Ersetzung der befristeten »Ausgleichsabgabe« durch den dauerhaften »Zoll« war⁷⁸. Bereits am 20. März des selben Jahres war von diesen mit Unterstützung von Zentrumsabgeordneten⁷⁹ und anderen ein Gesetzentwurf zur Wiedereinführung eines Eisenzolles eingebracht worden⁸⁰. In Zusammenhang damit, aber formell getrennt, wurde ein Antrag auf Untersuchung der Produktion und Absatzverhältnisse bei Eisenwaren durch die Reichsregierung beraten, dessen Einbringung die Unterstützung einer Anzahl von Zentrumsabgeordneten fand⁸¹.

In diesen Debatten sprachen vom Zentrum *Windthorst* und *Schorlemer-Alst*. Weiterhin habe das Zentrum noch keine einheitliche Meinung zur Auseinandersetzung Schutzzoll-Freihandel gefunden, wie *Windthorst* gleich zu Beginn seiner Rede betont⁸². Er unterstütze den weitergehenden »Antrag Löwe«, weil die Regierungsvorlage eine rein temporäre Maßnahme sei, er aber für die Industrie eine festere Maßnahme wünsche, die der »Antrag Löwe« beinhalte. Hatte *Windthorst* mit seinem Antrag vom November 1876 noch für eine befristete Schutzzollverlängerung plädiert, so schwenkt er jetzt voll in das Lager der Schutzzöllner über, indem er ganz auf eine zeitliche Befristung der Hilfsmaßnahme verzichtet. Ferner vollzog er eine Annäherung an *Schorlemer-Alst*, als er sich, was er im Dezember des vorangegangenen Jahres noch nicht tat, der von *Schorlemer-Alst* vertretenen These anschließt, »daß unter allen Umständen die Landwirtschaft leiden wird und leiden muß, wenn die Industrie nicht blüht«⁸³. Im Dezember 1876 sprach er lediglich von der Not der

⁷⁷ Anlage Nr. 123 zur III. Legislaturperiode, I. Session 1877; *Festenberg-Packisch*, 955–958.

⁷⁸ Anlage Nr. 152 zur III. Legislaturperiode, I. Session 1877; *Festenberg-Packisch*, 958f.

⁷⁹ Siehe Anlage 6.

⁸⁰ Anlage Nr. 76 zur III. Legislaturperiode, I. Session 1877; *Festenberg-Packisch*, 953–955.

⁸¹ Anlage Nr. 75 zur III. Legislaturperiode, I. Session 1877; *Festenberg-Packisch*, 951–953.

⁸² Reichstagsrede 23. April 1877; *Festenberg-Packisch*, 771–776, 771.

⁸³ Ebenda, 776.

Eisenindustrie, ohne eine Verbindung zur Landwirtschaft zu ziehen. Das zu Beginn des Jahres 1877 abgeschlossene Bündnis zwischen westdeutscher Industrie und westdeutscher Landwirtschaft wirkt sich hier aus.

Schorlemer-Alts Rede⁸⁴ bringt gegenüber seinen Ausführungen vom Dezember des Vorjahres inhaltlich nichts Neues, ist aber in der Form jedoch direkter und aggressiver. Er sagt offen, der Freihandel sei fehlgeschlagen und eine Abkehr von diesem sei unvermeidlich, ob es die Freihändler wahr haben wollten oder nicht.

Noch einmal setzten sich die Freihändler mit 211 gegen 111 Stimmen durch⁸⁵, mit einer ähnlichen Mehrheit wie gegen den »Antrag Windthorst«. Noch waren die Kräfteverhältnisse nicht entscheidend verändert.

VI. DIE HANDELSPOLITIK DES ZENTRUMS IN DER VIERTEN LEGISLATURPERIODE DES DEUTSCHEN REICHSTAGES

Die Reichstagswahl vom 30. Juli 1878 brach die Machtstellung der freihändlerischen Nationalliberalen. Der Wahlkampf fand unter massiver Beeinflussung von Regierung und Wirtschaftsverbänden statt. *Bismarck* brauchte eine Mehrheit für sein Sozialistengesetz, welches im aufgelösten Reichstag am Widerstand von Nationalliberalen und vom Zentrum gescheitert war und wünschte eine konservativ-gouvernementale Mehrheit. Der CDI unterstützte schutzzöllnerische Kandidaten, die er auf keinen Fall bei den Liberalen finden konnte⁸⁶. Der vereinte Kampf von Wirtschaft, mit Ausnahme der Handelsorganisationen, und Regierung gegen die bisherige liberale Reichstagsmehrheit brachte jedoch einen Reichstag, in dem weder die Linke noch die Rechte stark genug zur alleinigen Mehrheitsbildung waren. So gelangte das Zentrum in eine Schlüsselstellung, denn ohne es fand sich, da ein Zusammengehen der Linken mit der Rechten in den meisten Fällen unwahrscheinlich war⁸⁷, keine Mehrheit. Außer in Sachen Kulturkampf.

Neben kirchenpolitischen Forderungen enthielt das »Programm der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages« für die Juli-Wahl 1878 die Forderung zur »Umkehr zu einer gesunden Wirtschaftspolitik«⁸⁸, ein deutlicher Hinweis auf eine positive Haltung zum Schutzzollgedanken.

⁸⁴ Reichstagsrede 27. April 1877; *Festenberg-Packisch*, 589–866.

⁸⁵ *Festenberg-Packisch*, 901.

⁸⁶ Siehe II. Teil dieses Aufsatzes.

⁸⁷ *Carl Bachem* III, 356.

⁸⁸ Zitiert nach *Chr. Grotewold*, *Die Parteien des Deutschen Reichstages*, Leipzig 1908, 316.

Es bleibt damit auf der Linie des Aufrufes zur Reichstagswahl vom Januar 1877, in dem von einer falschen Wirtschaftspolitik und der Notwendigkeit zu ihrer Reform gesprochen wurde⁸⁹. Dennoch blieb die Zentrumsfraktion in der Frage des Schutzzolles gespalten. Erst im Herbst 1878 gelang es *Windthorst*, die Fraktion zu einigen⁹⁰. Nun unterschrieben von 94 Mitgliedern der Zentrumsfraktion 87 die »Erklärung der 204«. Selbst der Fraktionsvorsitzende *Georg Freiherr von Franckenstein*, der noch bis vor kurzem als Führer der freihändlerischen Minorität an den gesonderten Beratungen der freihändlerischen Reichstagsabgeordneten teilgenommen hatte⁹¹, ist auf der Liste der Unterzeichner zu finden.

Das Einschwenken der Freihändler innerhalb des Zentrums auf die Linie *Windthorst / Schorlemer-Alst* ist kaum mit einer Revidierung ihrer wirtschaftspolitischen Ansichten zu erklären. Die Argumente pro und contra waren seit langem dieselben. Andere Erwägungen müssen den Ausschlag gegeben haben: 1. die grundsätzliche Abneigung der Katholiken gegenüber dem Liberalismus; 2. strategisch-taktische Überlegungen hinsichtlich des Kulturkampfes.

1. Die Rezession ab 1873 aktualisierte die grundsätzliche Abneigung der Katholiken gegenüber der liberalistischen Wirtschaftsordnung⁹². Der gleichzeitige Abwehrkampf gegen den weltanschaulichen Liberalismus im Kulturkampf tat ein übriges. In der Motivierung des »Antrages Galen«⁹³ zur Novellierung der Gewerbeordnung, der in die Zeit der Kämpfe um Freihandel oder Schutzzoll fällt, tritt diese Abneigung unverhüllt hervor. *Ferdinand Graf von Galen* führt in seiner Reichstagsrede die gegenwärtige Not auf die Gottlosigkeit der Gesellschaft und deren Gesetze zurück.

»... Meine politischen Freunde und ich glauben diesen Grund zu erkennen und uns nicht zu täuschen, wenn wir aussprechen: es ist der Geist des vom Christenthum und seinen Geboten getrennten menschlichen Egoismus. Dieser Egoismus, der sich selbst von Gott trennt, trennt mit Nothwendigkeit auch den Menschen vom Menschen, und muß somit jeden Organismus zerstören, und nachdem er durch die vollständige Freizügigkeit und die ungebundene Gewerbefreiheit und dergleichen die letzten Schutzmauern des Organismus

⁸⁹ Abgedruckt bei *Wilhelm Mommsen*, Deutsche Parteiprogramme, München 1960, 225–227.

⁹⁰ Vgl. *A. Sartorius von Waltershausen*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815–1914, Jena ²1923, 313; *Carl Bachem* III, 364.

⁹¹ *Eugen Richter*, Im alten Reichstag, 93.

⁹² Erst der »Volkverein für das katholische Deutschland« stellte sich vorbehaltlos auf den Boden der liberalistisch-kapitalistischen Wirtschaftsordnung, später dann auch die christlichen Gewerkschaften.

⁹³ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, III. Legislaturperiode, I. Session 1877, Bd. 3.: Anlagen zu den Verhandlungen des Reichstages Nr. 1–213 und Sachregister, Anlage 74, 274.

hinweggenommen, greift er jetzt die Wurzeln der ganzen christlich sozialen Ordnung, die Familie in der christlichen Ehe an.«⁹⁴

Das bedeute, daß auf wirtschaftlichem Gebiete das Geld das höchste Gut geworden sei. Rettung könne nur durch die Rückkehr zu Gott und durch eine Unterwerfung unter seine Gebote kommen. – Mit dieser Rede griff *Galen* die Grundprinzipien des Wirtschaftsliberalismus: Wettbewerb, den er Egoismus nennt, und Profit an und bezeichnet die herrschende Wirtschaftsordnung als zutiefst unsittlich.

2. Hinsichtlich des Kulturkampfes eröffnete sich die Chance, die kulturkämpferische Mehrheit zu sprengen. Es waren Rechte und Linke für sich allein nicht mehrheitsfähig, aber in Kulturkampffragen »standen einstweilen Rechte und Linke noch geschlossen zusammen gegen das Zentrum. Sollte dieser Bund gesprengt werden, so konnte es nur geschehen, indem das Zentrum in anderen Dingen seine ausschlaggebende Stellung einzusetzen verstand und dadurch erzwang, daß man mit ihm rechnen mußte«⁹⁵. Die Chance lag im Streit um den wirtschaftspolitischen Kurs. Ein Einschwenken auf den Schutzzoll, der von der Regierung und der Rechten unterstützt wurde, eröffnete die Möglichkeit, daß die Regierung und die sie stützenden Kräfte den Kulturkampf abbauten.

Nicht nur wie *Karl W. Hardach* angibt⁹⁶, das Agitieren der westdeutschen Landwirtschaft innerhalb des Zentrums trug mit dazu bei, daß das Zentrum nahezu geschlossen der »Freien wirtschaftlichen Vereinigung« beitrug, sondern im weitaus stärkeren Maße der Umstand, daß in den Augen der gläubigen Katholiken der Wirtschaftsliberalismus versagen mußte, weil seine Prinzipien unchristlich waren, sowie die Chance, eine Bresche in die Front der Kulturkämpfer zu schlagen. Das letzte Moment mag bei der freihändlerischen Minorität des Jahres 1878 den Ausschlag zum Anschluß an die schutzzöllnerische Majorität gegeben haben, denn einen Fraktionszwang kannte das Zentrum nicht⁹⁷.

Bismarck seinerseits kam innenpolitisch mit den Nationalliberalen in Fragen des Heeresbudgets, der Steuerreform und der Eisenbahnfrage nicht weiter; außenpolitisch geriet er durch des Reiches striktes Festhalten am Freihandel gegenüber den zum Schutzzoll übergehenden Staaten Rußland, Frankreich und Österreich in Bedrängnis. Die bismarckfreund-

⁹⁴ Reichstagsrede 16. April 1877, in: Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland II, Dokumente des politischen Katholizismus von 1867 bis 1914, hrsg. von *Ernst Heinen*, Paderborn 1979, 136–142, 138.

⁹⁵ *Carl Bachem* III, 358.

⁹⁶ *Karl W. Hardach*, Wiedereinführung, 179.

⁹⁷ *Carl Bachem* III, 141.

lichen Freikonservativen und Deutschkonservativen waren auch im neuen Reichstag zu schwach, diese Probleme parlamentarisch im Sinne der Reichsregierung zu lösen. Hier sah *Windthorst* die Chance des Zentrums. Wenn, so sein Gedankengang, das Zentrum zur positiven Mitarbeit nötig war und demgemäß zugezogen wurde, mußte sich das Verhältnis der Regierung und der sie stützenden Parteien zum Zentrum verändern⁹⁸.

Windthorsts Überlegungen waren nicht unbegründet. In einer Unterredung am 10. März 1879 nach der Veröffentlichung der »Erklärung der 204« und noch vor der Zoll- und Steuerreformdebatte im Reichstag äußerte sich *Bismarck* gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden des Zentrums *Franckenstein*, er sei kein Kulturkämpfer von Profession⁹⁹, womit er seine Gesprächsbereitschaft signalisierte.

Der Debattenbeitrag *Peter Reichenspergers* während der ersten Lesung der Zoll- und Steuerreformvorlage der Regierung¹⁰⁰ enthält nationalistische Töne. Der schlimmste Vorwurf, den er den Freihändlern macht, ist der, diese seien Weltbürger und keine Deutschen. Pathetisch zitiert er *Ernst Moritz Arndt* als Zeugen für den Schutzzoll:

»Ich meine, der alte Arndt, der da sagte, der Gott, der Eisen wachsen ließ, wollte keine Knechte, der hat dabei vorausgesetzt und erfordert, daß wir selbstheben unsere Eisenschätze heben, daß wir unser Eisen schmelzen, strecken und verarbeiten, und uns nicht auf die Versorgung durch das Ausland verlassen dürfen.«¹⁰¹

Mit den nationalen Tönen schlug *Peter Reichensperger* eine Taktik ein, welche die Schutzzöllner stets mit Erfolg angewandt haben¹⁰². Zugleich war seine Rede eine Abwehr der Vorwürfe, die Ultramontanen¹⁰³ seien keine zuverlässigen Deutschen, mit denen man nicht zusammenarbeiten

⁹⁸ *Carl Bachem* III, 363.

⁹⁹ Ebenda, 364.

¹⁰⁰ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, IV. Legislaturperiode, II. Session 1879, Bd. 5: Anlagen zu den Verhandlungen des Deutschen Reichstages Nr. 127 bis 190, Anlage 132, 757–1137.

¹⁰¹ Reichstagsrede 3. Mai 1879, in: Stenographische Berichte, IV. Legislaturperiode, II. Session 1879, Bd. 2, 943–951, 949.

¹⁰² *Donald Freiherr von Hirsch*, Stellungnahme der Zentrumspartei, 45.

¹⁰³ »Ultramontanismus ist ein weltlich-politisches System, das unter dem Deckmantel von Religion und unter Verquickung mit Religion weltlich-politische, irdisch-materielle Herrschafts- und Machtbestrebungen verfolgt; ein System, das dem geistlichen Haupte der katholischen Religion, dem Papste, die Stellung eines weltlich-politischen Großkönigs über die Fürsten und Völker zuspricht.« *Graf Paul von Hoensbroech*, Der Ultramontanismus, Berlin 21898, 11; zitiert nach *Leopold Karl Goetz*, Der Ultramontanismus als Weltanschauung auf Grund des Syllabus quellenmäßig dargestellt, Bonn 1905, 16.

könne. Gleich der Industrie weist er auch darauf hin, der Freihandel gefährde Arbeitsplätze. Als weiteres Argument führt er an:

»Das ist die Thatsache, daß unsere deutsche Gesetzgebung in humaner Weise die Frauen- und Kinderarbeit beschränkt, also die wohlfeilere Produktionsart gesetzlich erschwert oder verhindert. Nichtsdestoweniger soll nicht die Rede davon sein müssen, daß wir dieser unserer Industrie schützend zu Hülfe zu kommen hätten gegenüber der ausländischen Industrie, die nicht so strengen, daß heißt unter so humanen Gesetzen steht, namentlich in Belgien. In England und Frankreich sind ja ähnliche Bestimmungen, nur glaube ich, nicht so humane wie bei uns; jedenfalls bestehen sie in Belgien nicht. Aber meine Herren, wir lassen . . . diese deutschen Etablissements zu Grunde gehen, weil der Ausländer gesetzlich befugt ist, wohlfeilere Produktionsmittel anzuwenden.«¹⁰⁴

Zum einen soll der Schutzzoll Wettbewerbsgleichheit herstellen, zum anderen den erreichten Arbeitsschutz für Frauen und Kinder sichern. Bisher war in der Argumentation des Zentrums lediglich von der Sicherung der Arbeitsplätze die Rede. In *Reichenspergers* Debattenbeitrag ist der Gedanke eines »sozialen Schutzzolles« zu erkennen. Die »Anregung und die Formulierung des Wortes stammte von der Wiener Zeitschrift ›Vaterland‹, welche auf christlich-sozialem Boden fußend ein Zollsystem zugunsten der Arbeitnehmer vorschlug, statt des bisherigen, welches in erster Linie die Arbeitgeber berücksichtigte. ›Das Vaterland‹ forderte weitgehende Maßnahmen für die Arbeiter. Sollte dann die einheimische Industrie gegenüber der ausländischen zu teuer produzieren und darum nicht konkurrenzfähig sein, so müßte der Staat durch Schutzzölle eingreifen«¹⁰⁵. Zwar setzte das Zentrum den Arbeiterschutz nicht vor den Warenschutz, es wollte zunächst nur den Freihandel überwinden, um dann über »den Schutzzoll zum sozialen Schutzzoll«¹⁰⁶ zu gelangen.

Windthorst erneuert in seinen Ausführungen¹⁰⁷ das Angebot zur Zusammenarbeit mit der Regierung, indem er vom Zentrum sagt, es sei keine Partei, die Opposition mache quand même oder à outrance, es unterstütze die Regierung immer da, wo es seiner Überzeugung nach möglich sei; in wesentlichen Fragen der Nation auch dann, wenn keine völlige Übereinstimmung mit der Regierung herrsche. Nichts könne dem Zentrum angenehmer sein, als stets an der Seite der Regierung zu fechten. In Fragen der Wirtschaftspolitik betont er das Erstgeburtsrecht des Zentrums für das parlamentarische Eintreten zugunsten des Schutzzolles, indem er auf

¹⁰⁴ Stenographische Berichte, IV. Legislaturperiode, II. Session 1879, Bd. 2, 950.

¹⁰⁵ *Donald Freiherr von Hirsch*, Stellungnahme der Zentrumspartei, 39.

¹⁰⁶ Kölnische Volkszeitung vom 1. Juli 1879; zitiert nach *Donald Freiherr von Hirsch*, Stellungnahme der Zentrumspartei, 39.

¹⁰⁷ Reichstagsrede 8. Mai 1879, in: Stenographische Berichte, IV. Legislaturperiode, II. Session 1879, Bd. 2, 1064–1070.

den Novellierungsantrag des Zentrums vom 10. Dezember 1876¹⁰⁸ verweist. In Abwehr des Angriffes wegen seiner freihändlerischen Haltung im Jahre 1873 antwortet er, daß er die damalige Äußerung völlig aufrecht halte, daß er, da es bei der Zoll- und Handelspolitik auf die jeweiligen Umstände und Verhältnisse ankomme, heute für einen mäßigen Schutzzoll einträte. Jeder, der die Geschichte der Handelspolitik und der Tarife studiere, werde finden, daß die stetige Entwicklung zu einem freiheitlichen Wirtschaftssystem sehr oft Unterbrechungen erleide, insbesondere nach Kriegen. Sei die Wirtschaft wieder erstarkt, könne man, beschritten die anderen Nationen auch den Weg, zum Freihandel zurückkehren. Damit hielt *Windthorst* für das Zentrum den Weg offen, künftig einen notwendig oder opportun erscheinenden Kurswechsel vornehmen zu können. Während alle anderen Parteien nach 1879 ihren Programmen neue Fassungen gaben, um programmatisch zum Schutzzoll Stellung zu nehmen, unterließ es das Zentrum¹⁰⁹.

Während *Windthorst* ein uneingeschränktes »Ja« zum Schutzzoll abgab, stand er den von der Regierung im Rahmen der Steuerreform geforderten Finanzzöllen kühl gegenüber. Die Gründe waren unterschiedlicher Art, einer davon sozialpolitischer Natur. Finanzzölle wirken wie indirekte Steuern und bewirken eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten, ohne, wie von den Schutzzöllen angenommen, positive Auswirkungen wie Schaffung von Arbeitsplätzen, Arbeitsplatzsicherung oder Absicherung des Arbeitsschutzes zu haben. Finanzzölle seien deshalb unsozial und abzulehnen¹¹⁰.

Die weiteren Bedenken des Zentrums waren budget- und staatsrechtlicher Art. Einmal gebilligte dauerhafte Zolleinnahmen sind unabhängig von den jährlichen parlamentarischen Einnahmewilligungen. »Eine Volksvertretung«, so *Windthorst*, »ohne Bewilligungsrecht für die Einnahmen und für die Ausgaben ist im Grunde machtlos, und machtlos darf sich der Reichstag unter keinen Umständen machen.«¹¹¹ Ferner hegte das Zentrum, das sich programmatisch dem Föderalismus verpflichtet hatte, die Besorgnis, das Reich könne durch die Einnahmen aus den Finanzzöllen gegenüber den Bundesstaaten ein zu starkes Gewicht erhalten. Für das Zentrum galt es einen Kompromiß zu finden zwischen dem nicht

¹⁰⁸ Siehe IV. Teil dieses Aufsatzes.

¹⁰⁹ *Hermann Rehm*, Deutschlands politische Parteien. Grundriß der Parteienlehre und der Wahlsysteme, Jena 1912, 45.

¹¹⁰ In Anlehnung an *Donald Freiherr von Hirsch*, Stellungnahme der Zentrumspartei, 35 f.

¹¹¹ Stenographische Berichte, IV. Legislaturperiode, II. Session 1879, Bd. 2, 1069.

gelegneten Finanzbedarf des Reiches, der Entlastung der Bundesstaaten bei den Matrikularbeiträgen und den sozialpolitischen, budget- und staatsrechtlichen Bedenken gegenüber den Finanzzöllen unter Anrechnung der Einnahmen aus den Schutzzöllen.

Das Zentrum setzte sich in allen für es wichtigen Fragen durch. Die *Clausula Franckenstein* ist mehr als nur ein terminus technicus, sondern zugleich ein Zeichen für den wachsenden Einfluß des Zentrums. In der Schlußabstimmung am 12. Juli 1879 stimmte das Zentrum geschlossen der Zoll- und Steuerreform zu, lediglich *Ernst Lieber* und *Alois Freiherr von Hafenbrädl* enthielten sich der Stimme¹¹².

VII. REGIONAL- UND SCHICHTENSPEZIFISCHE ASPEKTE DER HALTUNG DER REICHSTAGSFRAKTION DES ZENTRUMS

Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens der Zentrumsabgeordneten nach landsmannschaftlicher Herkunft, nach Wahlkreisen und Schichtenzugehörigkeit stößt auf Schwierigkeiten. Einmal blieb die personelle Zusammensetzung der Fraktion nicht konstant, zum anderen war die Anwesenheit aller Fraktionsangehörigen in Berlin, die, da es für den betrachteten Zeitraum keine Diäten gab, ihren Berufen nachgehen mußten, es sei denn, sie waren ökonomisch unabhängig, relativ selten. Insbesondere die süddeutschen Abgeordneten blieben häufig den Reichstagsitzungen fern. So waren die preußischen Reichstagsabgeordneten des Zentrums, zumeist auch Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses¹¹³, bei den Abstimmungen prozentual stärker vertreten, als es ihrem Anteil an der Gesamtfraktion entsprach. Es kann daher nur eine zuverlässige Aussage über die an den Abstimmungen teilnehmenden Abgeordneten gemacht werden, über die Gesamtfraktion nur mit Einschränkungen.

»Drei Berufsgruppen waren es, die bei der Zentrumspartei den Ausschlag gaben, Agrarier, Juristen (Beamte und Rechtsanwälte) und in geringem Abstände die Geistlichkeit.«¹¹⁴ Während der ersten vier Legislaturperioden stieg der Anteil der Agrarier von etwa einem Viertel der Abgeordneten bis auf die Hälfte der Fraktionsmitglieder an¹¹⁵, während hingegen die Zahl der Industriellen unbedeutend blieb¹¹⁶. Das bedeutet, daß die

¹¹² Stenographische Berichte, IV. Legislaturperiode, II. Session 1879, Bd. 3, 2362–2364.

¹¹³ *Carl Bachem* III, 184.

¹¹⁴ *Willy Kremer*, *Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstages 1871–1918*, Phil. Diss. Köln 1934, 36.

¹¹⁵ Ebenda, 30.

¹¹⁶ Ebenda, 34.

Zentrumsfraktion, die nach *Carl Bachem* Einigkeit nur auf dem Wege der freien Verständigung herbeiführte¹¹⁷, nur dann für den Schutzzoll eintreten würde, wenn es im wirklichen oder vermeintlichen Interesse der Landwirtschaft wäre. Solange der Freihandel in den Augen der Landwirtschaft den Vorzug genoß, war keine Fraktionsmeinung zu erwarten.

Vorkämpfer des Schutzzollgedankens im Zentrum, und zwar für Industrie- und Landwirtschaft, war das westdeutsche Bauerntum. Es stellte mit *Freiherr Franz von Dalwigk-Lichtenfels*, *Dr. Ferdinand Graf von Galen*, *Andreas von Grand-Ry*, *Ignaz Freiherr von Landsberg-Velen* und *Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst* bekannte Namen der Reichstagsfraktion. Im Gegensatz zu ihren süd- und ostdeutschen bäuerlichen Kollegen traten sie recht früh für die Abkehr vom Freihandel ein. Westdeutschlands Landwirtschaft produzierte für den nahen Markt des expandierenden Ruhrgebietes, den Industriezonen des Aachener Raumes und der Saar, des Niederrheins, des Sieger- und Sauerlandes und war den Einkommensschwankungen der Arbeiterschaft direkt ausgesetzt und stand zudem noch in Konkurrenz mit Importgetreide¹¹⁸. Von daher wird der Gedanke *Schorlemer-Alsts*, das Gedeihen der Landwirtschaft hinge auch vom Wohlergehen der Industrie ab, verständlich, ebenso sein frühzeitiges Eintreten für landwirtschaftliche Einfuhrzölle, die mit der Zoll- und Steuerreform vom Juli 1879 erreicht wurden. Hingegen war die ostdeutsche Landwirtschaft noch bis 1876/77 exportorientiert und die süddeutsche wegen ihrer verkehrsmäßigen Abgeschlossenheit einem vom Importgetreide ausgehenden Preisdruck kaum ausgesetzt.

In der Fraktion tritt das frühe Hinwenden der westdeutschen Landwirtschaft zum erstenmal beim »Antrag Windthorst« vom Dezember 1876 in Erscheinung. Für diesen Antrag stimmten 25 Zentrumsabgeordnete, die westdeutsche Wahlkreise vertraten, die restlichen Abgeordneten kamen aus über das ganze Reich verstreut liegenden Wahlkreisen; die 15 Neinstimmen kamen bis auf drei Ausnahmen von Wahlkreisvertretern südlich des Mains¹¹⁹. Ähnlich war das Bild bei der Abstimmung über die Regierungsvorschläge des Jahres 1877 zur Einführung einer temporären Ausgleichsabgabe auf Eisenwaren. Die süd- und ostdeutschen Wahlkreisvertreter stellten die überwiegende Mehrzahl der Neinstimmen¹²⁰. Die ostpreussischen Wahlkreisvertreter befanden sich damit auf der Linie der Ostseehandelsstädte, die ihre Wohlfahrt im Freihandel begründet sahen,

¹¹⁷ *Carl Bachem* III, 141.

¹¹⁸ Näheres hierzu *Karl W. Hardach*, Wiedereinführung, 111–119.

¹¹⁹ Siehe Anlage 5.

¹²⁰ Siehe Anlage 7.

was in den Petitionen an den Reichstag zum Ausdruck kam¹²¹. Das »Nein« der ausgesprochenen Schutzzöllner *Ferdinand Graf von Galen*, *Alfred Graf von Hompesch-Rurich*, *Burghard von Schorlemer-Alst* zu der von der Regierung vorgeschlagenen Ausgleichsabgabe, die einen Schritt weg vom Freihandel zum Schutzzoll hin bedeutete, kann nur als Ablehnung halber Maßnahmen verstanden werden¹²².

Neben den Landwirten gehörten die Juristen und die Geistlichkeit zu den maßgeblichen Mitgliedern der Fraktion. Sie können als ökonomisch nicht direkt gebundene Abgeordnete bezeichnet werden. Um sie zu gewinnen, mußte der Schutzzoll als eine notwendige sozialpolitische Maßnahme hingestellt werden. *Mallinckrodt* lehnte die Aufrechterhaltung der letzten Zölle auf Eisen etc. mit dem Hinweis auf eine sonst ungerechtfertigte Bereicherung der Industrie ab. *Ballestrem* und *Windthorst* betonten ausführlich die Notwendigkeit der Industrieschutzzölle auch der Arbeiter wegen, ja, sie schoben den sozialen Aspekt fast ausschließlich in den Mittelpunkt ihrer Argumentation. *Schorlemer-Alst* führte die Bedürfnisse der Landwirtschaft als ergänzendes Argument ein, indem er von der Gefährdung der bäuerlichen Existenzen durch den Freihandel sprach. Bei den christlichen Politikern, die an sich den Anspruch stellen, den Schwachen zu helfen, blieb diese Argumentationskette nicht ohne Wirkung.

Während das Zentrum den Industriezoll, auch wenn dieser preisstiegender wirkte, seinen Arbeiterwählern einsichtig machen konnte, vermochte es die Zölle auf landwirtschaftliche Produkte nur schwer gegenüber der Arbeiterschaft begründen. Agrarzölle wirken wie indirekte Steuern preistreibend, ohne daß es für die Arbeiterschaft einen direkten oder indirekten Vorteil gibt. Zudem belasteten die Preiserhöhungen bei Lebensmitteln die meist vielköpfigen Arbeiterhaushalte spürbar. Die gebotene Rücksichtnahme auf seine Arbeiterwähler führte innerhalb der Zentrumsfraktion zu Spannungen; nicht darüber, ob Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Produkte oder nicht, aber darüber, in welcher Höhe. *August Reichensperger* schreibt unter dem Datum des 5. Juli 1879 in seinem Tagebuch:

»Der Chor der Liberalen posaunt aus, das Centrum wälze die Steuerlast möglichst auf die ärmere Klasse, indem es mit der Rechten für hohe Korn-, Kaffee-, Tabak- und Petroleumsteuern stimme, um die directen Steuern von den Vermögenden wegzuziehen, und das findet

¹²¹ Vgl. Anlage Nr. 59 zur II. Legislaturperiode, III. Session 1875/76; *Festenberg-Packisch*, 551–575.

¹²² Die Literatur, auch *Edith Müller* und *Donald Freiherr von Hirsch*, übergeht dieses anscheinend merkwürdige Abstimmungsverhalten der Schutzzöllner.

schon Anklang in den Reihen unserer Partei, ja selbst innerhalb unserer Fraction, in welcher erst nach schweren Debatten am 3. dieses Monats der mit der Rechten in der Tarifcommission abgeschlossene Compromiß und damit die vorgedachte Besteuerung bei namentlicher Abstimmung zur Annahme gelangt ist. Einzelne Fractionsmitglieder bleiben, um ihre Popularität nicht einzubüßen, immer noch dissentirend und bilden so den Keim zu einer Opposition innerhalb des Centrums, welche leicht durch die faulen, nur vorzugsweise Kritik liebenden verstärkt werden könnte.«¹²³

Als Beispiel für das Auseinandergehen der Mitglieder der Zentrumsfraktion in Fragen des landwirtschaftlichen Schutzzolls, sei die Einzelabstimmung über den Roggenzoll bei den parlamentarischen Verhandlungen des Zolltarifs von 1879 ausgewählt¹²⁴. Dieses wichtige Brotgetreide wollten die Landwirte mit 1,00 M Eingangszoll belegen, während vornehmlich die ökonomisch direkt nicht gebundenen Abgeordneten und die Vertreter westdeutscher Industriewahlkreise für 0,50 M votierten¹²⁵.

Um einen Vertrauensverlust bei der Zentrumswählerschaft nicht erst aufkommen zu lassen, ging *Windthorst* in die Offensive. Er, der bisher noch nie bei einem Katholikentag in Erscheinung getreten war, eilte im September 1879 zur 26. Vollversammlung der Katholiken Deutschlands nach Aachen und warb insbesondere bei der Arbeiterschaft um Zustimmung zur Steuer- und Zollpolitik des Zentrums¹²⁶. Dem Zentrum als Volkspartei blieb auch künftig die Aufgabe des innerparteilichen Interessenausgleiches ständig gestellt.

Anlage 1: Kurzbiographien der in den Anlagen 2–8 genannten Zentrumsabgeordneten

Arbinger, Johann Baptist, Pfarrer, Ober-Grafendorf; MdR: Jan. 1877–Okt. 1881, WK 4 Niederbayern.

Aretin, Carl Peter Frhr. von, Reichsrat, Haidenburg; MdR: Febr. 1868–24. 4. 1887, WK 4 Oberbayern.

Aretin-Illertissen II, Ludwig Frhr. von, Gutsbesitzer, Haidenburg; MdR: Jan. 1874–4. 10. 1880, WK 4 Schwaben.

Ballestrem, Franz Graf von, Rittmeister a.D., Guts- und Hüttenbesitzer, Plawniowitz; MdR: 19. 3. 1872–Juni 1893, WK 2 Oppeln / Juni 1898–Jan. 1907, WK 4 Oppeln.

¹²³ *Ludwig Pastor*, August Reichensperger 1808–1895. Sein Leben und sein Wirken auf dem Gebiet der Politik, der Kunst und der Wissenschaft. Mit Benutzung seines ungedruckten Nachlasses II, Freiburg 1899, 177.

¹²⁴ Stenographische Berichte über die Verhandlungen, IV. Legislaturperiode, II. Session 1879, Bd. 2, 1419–1421 und Bd. 3, 2302–2304.

¹²⁵ Siehe Anlage 8.

¹²⁶ Die Ansprache ist abgedruckt in *Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland*, 160–163.

- Bender, Hermann Joseph*, Kaufmann, Vallendar; MdR: Juli 1878–27. 5. 1901, WK 2 Koblenz.
- Bernards, Joseph*, Oberlandesgerichtsrat, Köln; MdR: 1871–15. 3. 1882, WK 4 Düsseldorf.
- Biegeleben, Maximilian Frhr. von*, Finanzpräsident, Darmstadt; MdR: 28. 11. 1874–Juli 1878, WK 3 Aachen.
- Bissingen-Nippenburg, Dr. Cajetan Graf von*, Kämmerer, Schramberg; MdR: 15. 4. 1872–Okt. 1881, WK 16 Württemberg.
- Bock, Dr. Adam*, Aachen; MdR: 1867–Juni 1898, WK 2 Aachen.
- Bodmann, Franz Frhr. von und zu*, Rittergutsbesitzer, Bodmann/Bodensee; MdR: Jan. 1877–Okt. 1884, WK 14 Baden.
- Böninghausen, Julius von*, Amtsgerichtsrat, Dorsten; MdR: Juli 1878–Okt. 1884, WK 3 Münster.
- Borowski, Rudolf*, Domkapitular, Frauenburg; MdR: März 1871–24. 1. 1890, WK 9 Königsberg.
- Brenken, Hermann Dominikus Frhr. von*, Rittergutsbesitzer, Wewer; MdR: Jan. 1874–Okt. 1884, WK 4 Minden.
- Brüchel, Johann*, Bierbrauer, Mintraching; MdR: Jan. 1874–Okt. 1881, WK 1 Oberpfalz.
- Harbuwal-Charmaré-Stolz, Johann Graf von*, Rittergutsbesitzer, Stolz/Frankenstein; MdR: Jan. 1874–Juni 1893, WK 13 Breslau.
- Dalwigk-Lichtenfels, Franz Frhr. von*, Rittergutsbesitzer, Schloß Kirchberg; MdR: Juli 1878–Juni 1893, WK 12 Düsseldorf.
- Dieden, Christian*, Weingutsbesitzer, Uerzig; MdR: Jan. 1874–28. 12. 1898, WK 2 Trier.
- Eidler, Ludwig Richard*, Pfarrer, Bujakow; MdR: Jan. 1874–Juli 1878 / Okt. 1881–Okt. 1884, WK 6 Oppeln.
- Evers, Hermann*, Landgerichtsrat, Bielefeld; MdR: März 1871–Jan. 1874, WK 5 Minden / Febr. 1890–Juni 1893, WK 3 Minden.
- Fichtner, Gregor*, Ökonom, Sägemühlenbesitzer, Gmund; MdR: Juli 1878–Okt. 1884, WK 7 Oberbayern.
- Fier, Ernst Heinrich Wilhelm*, Gutsbesitzer, Bürgermeister a.D., Cues/Bernkastel; MdR: März 1871–Jan. 1874, WK 2 Trier.
- Forcade de Biaix, Friedrich Christoph von*, Reichsgerichtsrat, Leipzig; MdR: Jan. 1874–Jan. 1877, WK 5 Düsseldorf / 24. 11. 1877–14. 10. 1879, WK 1 Trier.
- Franckenstein, Georg Frhr. von und zu*, Bayerischer Kämmerer, Schloß Ullstadt; MdR: Febr. 1868–März 1871, WK 4 Mittelfranken / 25. 4. 1872–22. 1. 1890, WK 3 Unterfranken.
- Frank, Dr. Friedrich*, Pfarrer, Wiesen; MdR: Jan. 1877–Juli 1878, WK 4 Oberfranken.
- Franßen, Heinrich*, Weinbergbesitzer, Bonn; MdR: Jan. 1874–7. 1. 1881, WK 1 Aachen.
- Franz, Dr. Adolph*, Domprediger, Breslau; MdR: 18. 9. 1876–23. 2. 1892, WK 3 Oppeln.
- Freytag, Dr. Andreas*, Rechtsanwalt, München; MdR: Febr. 1868–März 1871, WK 5 Oberbayern / März 1871–Jan. 1874, WK 2 Oberpfalz / Juli 1878–Okt. 1884, WK 1 Schwaben.
- Fugger von Kirchberg, Hartmann Graf*, Regierungsrat, München; MdR: Jan. 1877–Okt. 1881, WK 3 Schwaben.
- Fürth, Hermann Hubert Frhr. von*, Landgerichtsrat a.D., Bonn; MdR: Jan. 1877–Okt. 1884, WK 5 Aachen / Okt. 1884–Febr. 1887, WK 4 Köln.
- Galen, Dr. Ferdinand Graf von*, Rittergutsbesitzer, Gut Assen; MdR: Jan. 1874–Juni 1903, WK 3 Oldenburg.
- Gielen, Viktor*, Kaufmann, Bremen; MdR: Juli 1878–29. 9. 1887, WK 3 Aachen.

- Grand-Ry, Andreas von*, Gutsbesitzer, Regierungsreferendar a. D., Eupen; MdR: März 1871–Juni 1903, WK 6 Koblenz.
- Großmann, Nicola Philipp*, Landgerichtsrat, Köln; MdR: März 1871–Jan. 1877, WK 1 Köln.
- Grütering, Heinrich*, Amtsgerichtsrat, Essen; MdR: Jan. 1877–Okt. 1883, WK 7 Düsseldorf. (In Max Schwarz, MdR, Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965, zwar erst ab Jan. 1877 als Reichstagsmitglied genannt, was jedoch den Reichstagsprotokollen widerspricht. Er unterschrieb den Novellierungsantrag des Zentrums vom Dezember 1876. Siehe Anlage 4.)
- Haanen, Bartholomäus*, Kaufmann, Köln; MdR: 30. 10. 1871–Juni 1893, WK 4 Trier.
- Habermann, Gustav Frhr. von*, Rittergutsbesitzer, Unsleben; MdR: Jan. 1874–23. 9. 1878, WK 4 Unterfranken.
- Hafenbrädl, Alois Frhr. von*, Gerichtsrat, Regensburg; MdR: Febr. 1868–Okt. 1881, WK 5 Niederbayern.
- Hamm, Konstantin*, Fabrikbesitzer, Wipperfürth; MdR: Jan. 1874–Okt. 1881, WK 6 Köln.
- Hartmann, Ludwig*, Stadtrat, Hagenau; MdR: Jan. 1874–Jan. 1877, WK 10 Elsaß-Lothringen.
- Hauck, Dr. Thomas Ritter von*, Oberstaatsanwalt, München; MdR: März 1871–13. 12. 1879, WK 1 Unterfranken.
- Heeremann von Zuydwyk, Dr. Clemens Frhr.*, Rittergutsbesitzer, Münster; MdR: März 1871–23. 3. 1903, WK 2 Münster.
- Herrlein, Franz Joseph*, Gutsbesitzer, Margaretenhaun; MdR: März 1871–10. 1. 1879, WK 7 Kassel.
- Hertling, Dr. Georg Graf von*, Professor, München; MdR: 9. 8. 1875–Febr. 1890, WK 3 Koblenz / 10. 6. 1896–Juni 1903, WK 4 Schwaben / Juni 1903–12. 2. 1912 WK 2 Münster.
- Hompesch-Bollheim, Ferdinand Graf von*, Bayerischer Kämmerer, Schloß Joslowitz; MdR: 7. 8. 1874–22. 9. 1877, WK 1 Trier.
- Hompesch-Rurich, Alfred Graf von*, Rittergutsbesitzer, Rurich; MdR: Febr. 1867–März 1871, WK 5 Aachen / 13. 7. 1874–21. 1. 1909, WK 4 Aachen.
- Horn, Albert*, Syndikus, Fürstbischöflicher Stiftsrat, Neiße; MdR: Jan. 1874–Nov. 1918, WK 12 Oppeln.
- Horneck von Weinheim, Heinrich Frhr.*, Oberstleutnant a. D., Schloß Thurn; MdR: Jan. 1877–Febr. 1887, WK 5 Oberfranken.
- Jörg, Dr. Joseph*, Kreisarchivar, Trausnitz; MdR: Febr. 1868–März 1871, WK 3 Oberpfalz / Jan. 1874–Juli 1878, WK 1 Schwaben.
- Kehler, Friedrich von*, Legationsrat a. D., Berlin; MdR: 27. 9. 1871–Juni 1898, WK 10 Düsseldorf.
- Kessler, Eugen von*, Landgerichtsrat, Rittergutsbesitzer, Köln; MdR: März 1871–Okt. 1884, WK 4 Köln.
- Ketteler, Wilderich Max Frhr. von*, Rittergutsbesitzer, Thüle; MdR: März 1871–Jan. 1874, WK 4 Minden.
- Kirchner, Matthäus Friedrich*, Stadtpfarrer, Scheßlitz; MdR: Jan. 1874–Jan. 1877, WK 4 Oberfranken.
- Kleinsorgen, Adolf von*, Landgerichtsrat, Thorn; MdR: Jan. 1874–Jan. 1877, WK Sigma- ringen.
- Kochann, Friedrich Franz*, Amtsgerichtsrat, Berlin; MdR: Jan. 1874–Juni 1893, WK 5 Koblenz.

Kraetzer, Dr. Adolf, Oberlandesgerichtsrat a. D., München; MdR: Febr. 1868–März 1871, WK 3 Niederbayern / Jan. 1874–8. 3. 1880, WK 3 Niederbayern.

Krätzig, Dr. Adalbert, Kameral-Direktor, Warmbrunn; MdR: Febr. 1867–August 1867, WK 6 Königsberg / März 1871–Jan. 1874, WK 13 Breslau.

Landsberg-Velen, Ignaz Frhr. von, Kammerherr, Landrat, Drensteinfurt; MdR: März 1871–Febr. 1890, WK 4 Münster.

Landsberg-Velen, Dr. Max Frhr. von, Schloß Velen/Coesfeld; MdR: Jan. 1874–Juli 1878, WK 3 Münster.

Lang, Anton Carl, Gutsbesitzer, Kelheim; MdR: Jan. 1874–Febr. 1887, WK 6 Niederbayern.

Lender, Dr. Franz Xaver, Prälat, Sasbach/Baden; MdR: 11. 5. 1872–29. 7. 1913, WK 8 Baden.

Leonhard, Franz Xaver, Gymnasialdirektor, Biberach; MdR: Jan. 1877–Okt. 1881, WK 13 Württemberg.

Lieber, Dr. Ernst Philipp, Camberg; MdR: März 1871–31. 3. 1902, WK 3 Wiesbaden.

Lindner, Dr. Joseph, Stadtpfarrer, Erbdorf; MdR: Jan. 1877–16. 6. 1879, WK 5 Oberpfalz.

Lingens, Dr. Peter Joseph, Rechtsanwalt, Aachen; MdR: März 1871–19. 10. 1901, WK 5 Köln.

Loë, Otto Frh. von, Legationssekretär a. D., Paris; MdR: März 1871–Jan. 1874, WK 7 Düsseldorf.

Lucius, Karl, Rentier, Aachen; MdR: März 1871–Jan. 1877, WK 5 Aachen.

Ludwig, Robert von, Rittergutsbesitzer, Neuwaltersdorf; MdR: Jan. 1874–12. 1. 1884, WK 12 Breslau.

Majunke, Dr. Paul, Priester, Schriftsteller, Berlin; MdR: Jan. 1874–Okt. 1884, WK 3 Trier.

Mallinckrodt, Hermann von, Regierungsrat, Rittergutsbesitzer, Nordborchen; MdR: Febr. 1867–März 1871, WK 4 Münster / März 1871–26. 5. 1874, WK 1 Münster.

Mayer, Dr. Max Theodor, Oberlandesgerichtsrat, Augsburg; MdR: März 1871–Okt. 1884, WK 2 Schwaben.

Menken, Clemens August, Landgerichtsrat, Köln; MdR: Jan. 1877–Juni 1893, WK 2 Köln.

Merkle, Prof. Matthias, Geistlicher Rat, Passau; MdR: Jan. 1874–Okt. 1881, WK 5 Schwaben.

Meyer, Dr. Johann Evangelist, Benefiziat, Sigmaringen; MdR: Jan. 1877–Okt. 1884, WK Hohenzollern Sigmaringen. – In den Reichstagsprotokollen geschrieben: Maier (Hohenzollern).

Michalski, Joseph, Dekan, Langenau; MdR: Juli 1878–Okt. 1881, WK 2 Danzig.

Miller, Ferdinand von, Goldschmiedemeister, Direktor der Erzgießerei, München; MdR: Jan. 1874–Okt. 1881, WK 6 Oberbayern.

Moufang, Dr. Christoph, Domkapitular, Mainz; MdR: März 1871–Jan. 1874, WK 5 Koblenz / Jan. 1874–Jan. 1877, WK 9 Hessen / Okt. 1881–Febr. 1890, WK 6 Köln.

Müller, Eduard, Geistlicher Rat, Berlin; MdR: März 1871–2. 12. 1891, WK 7 Oppeln.

Nayhauß-Cormons, Julius Graf von, Rittergutsbesitzer, Nieder-Baumgarten; MdR: Jan. 1874–Febr. 1887, WK 9 Oppeln.

Pelzer, Ludwig, Rechtsanwalt, Aachen; MdR: März 1871–Jan. 1874, WK 9 Düsseldorf.

Pfafferoth, Hugo, Amtsgerichtsrat, Liebenburg; MdR: Jan. 1874–20. 10. 1888, WK 9 Düsseldorf.

- Pohlmann, Prof. Dr. Anton*, Erzpriester, Heilsberg; MdR: August 1867–März 1871, WK 6 Königsberg / Jan. 1874–Okt. 1881, WK 6 Königsberg.
- Praschma, Friedrich Graf von*, Herrschaftsbesitzer, Falkenberg; MdR: Jan. 1874–Febr. 1890, WK 11 Oppeln.
- Preysing-Lichtenegg, Conrad Graf von*, Kämmerer, München; MdR: März 1871–Juni 1893, WK 2 Niederbayern / 22. 1. 1900–6. 6. 1903, WK 5 Niederbayern.
- Radziwill, Edmund Prinz von*, Vikar, Ostrowo; MdR: Jan. 1874–Okt. 1884, WK 5 Oppeln.
- Reichensperger, Dr. August*, Kammerpräsident, Köln; MdR: März 1871–Okt. 1884, WK 11 Düsseldorf.
- Reichensperger, Dr. Peter Franz*, Obertribunalsrat, Berlin; MdR: Febr. 1867–31. 12. 1892, WK 2 Arnberg.
- Reichert, Ludwig Karl*, Landwirt, Bürgermeister, Herbstadt; MdR: 29. 11. 1878–Okt. 1881, WK 4 Unterfranken / Febr. 1887–Juni 1893, WK 4 Unterfranken.
- Rudolphi, Dr. Wilhelm Theodor*, Gymnasialdirektor, Köln-Kalk; MdR: März 1871–9. 3. 1897, WK 3 Köln.
- Ruppert, Kaspar*, Magistratsrat, München; MdR: Juli 1878–Okt. 1884, WK 1 Oberbayern.
- Rußwurm, Anton*, Domkapitular, Regensburg; MdR: Jan. 1874–10. 8. 1881, WK 2 Oberpfalz.
- Savigny, Carl Friedrich von*, Kammerherr, Gesandter a. D., Berlin; MdR: August 1867–11. 2. 1875, WK 3 Koblenz.
- Schenk, Eduard*, Justizrat, Rechtsanwalt, Köln; MdR: Jan. 1877–Okt. 1881, WK 1 Köln.
- Schmid, Dr. Anton Joseph*, Domkapitular, Bamberg; MdR: März 1871–Jan. 1877, WK 3 Oberbayern.
- Schönborn, Clemens Graf zu*, Rittergutsbesitzer, Wiesentheid; MdR: Jan. 1874–24. 8. 1877, WK 2 Unterfranken.
- Schönborn, Friedrich Karl Graf zu*, Gutsbesitzer, Kirchsönbach; MdR: 27. 11. 1877–Juni 1893, WK 2 Unterfranken.
- Schorlemer-Alst, Dr. Burghard von*, Rittergutsbesitzer, Gut Alst/Leer; MdR: 20. 4. 1870–März 1871, WK 2 Münster / 16. 10. 1874–Okt. 1881, WK 1 Münster / Okt. 1881–Okt. 1884, WK 5 Arnberg / Okt. 1884–Febr. 1887, WK 1 Münster / Febr. 1890–30. 11. 1890, WK 5 Arnberg.
- Schröder, Theodor*, Rechtsanwalt und Notar, Breslau; MdR: März 1871–Okt. 1884, WK 8 Arnberg.
- Seinsheim, Maximilian Graf von*, Gutsbesitzer, Grünbach; MdR: 25. 5. 1868–März 1871, WK 4 Schwaben / März 1871–Jan. 1874, WK 8 Oberbayern.
- Senestrey, Joseph Carl*, Landgerichtsrat a. D., München; MdR: Jan. 1874–Febr. 1890, WK 8 Oberbayern.
- Soden, Max Frhr. von*, Kämmerer, Gutsbesitzer, Neufraunhofen/Bayern; MdR: Jan. 1874–Okt. 1884, WK 5 Oberbayern.
- Stöckl, Prof. Dr. Albert*, Domkapitular, Eichstätt; MdR: Jan. 1877–Okt. 1881, WK 4 Mittelfranken.
- Stötzel, Gerhard*, Metallarbeiter, Redakteur, Essen; MdR: Jan. 1877–Juni 1893, WK 5 Düsseldorf / Juni 1898–1. 6. 1905, WK 5 Düsseldorf.
- Stolberg-Stolberg, Alfred Graf zu*, Rittergutsbesitzer, Brauna/Sa.; MdR: 31. 3. 1873–Juli 1878, WK 2 Koblenz.
- Stolberg-Stolberg, Friedrich Graf zu*, Rittmeister a. D., Thomaswaldau; MdR: 20. 5. 1873–Okt. 1884, WK 10 Oppeln / Febr. 1887–Febr. 1890, WK 10 Oppeln.

Strecker, Eduard, Amtsgerichtsrat, Stendal; MdR: April 1872–Okt. 1884, WK 2 Erfurt.
Trüller, Johann Michael, Pfarrer, Plankstetten; MdR: Jan. 1874–Okt. 1884, WK 3 Oberpfalz.
Ulrich, Theodor, Ober-Bergrat, Clausthal; MdR: März 1871–Jan. 1877, WK 8 Düsseldorf.
Wänker von Dankenschweil, Dr. Otto, Rechtsanwalt, Freiburg; Juli 1878–Okt. 1881, WK 5 Baden.
Waldburg zu Zeil, Constantin Graf von, Leutnant a. D., Schloß Zeil; MdR: Jan. 1874–Febr. 1887, WK 17 Württemberg.
Wallhofen, Karl von, Major a. D., Berlin; MdR: Jan. 1877–Juli 1878, WK 8 Oppeln.
Wendt, Carl Frhr. von, Rittergutsbesitzer, Gevelinghausen; MdR: Jan. 1874–Juni 1893, WK 5 Minden.
Westermayer, Dr. Anton, Stadtpfarrer, München; MdR: Jan. 1874–Okt. 1884, WK 2 Oberbayern.
Windthorst, Dr. Ludwig, Syndikus, Hannover; MdR: Febr. 1867–14. 3. 1891, WK 3 Hannover.
Zu Rhein, Ludwig Frhr. von, Kammerherr, Würzburg; MdR: 8. 1. 1869–März 1871, WK 4 Unterfranken / Jan. 1874–Okt. 1881, WK 6 Unterfranken.

Quelle: *Max Schwarz*, MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.
 Abkürzungen: MdR: Mitglied des Reichstages; WK: Wahlkreis.

Anlage 2: Unterstützung des »Antrages Behr« vom Mai 1873, die letzten Zölle auf Eisen, Stahl, Eisen- und Stahlwaren zum 1. Jan. 1874 aufzuheben durch Mitglieder der Zentrumsfraktion

Bissingen-Nippenburg; Fier; Großmann; Kessler; Ketteler; Lieber; Lingens; Mallinckrodt; Moufang; Savigny; Alfred Graf zu Stolberg-Stolberg; Windthorst.

Anlage 3: Abstimmungsverhalten der Zentrumsfraktion über den »Antrag Lesse, Bunsen, Krieger (Lauenburg)« am 24. Juni 1873

Für den 1. Januar 1876 für das Inkrafttreten des neuen Zollvereintarifes stimmten: Carl Peter Frhr. v. Aretin; Großmann; Hauck; Heeremann; Ketteler; Krätzig; Lieber; Mallinckrodt; Müller; Pelzer; Savigny; Strecker; Thimus.

Für den 1. Januar 1877 stimmten: Ballestrem; Bernards; Bissingen-Nippenburg; Bock; Evers; Franckenstein; Haanen; Kehler; Ignaz Frhr. von Landsberg-Velen; Lingens; Loë; August Reichensperger; Schröder; Alfred Graf zu Stolberg-Stolberg; Friedrich Graf zu Stolberg-Stolberg; Windthorst.

Anlage 4: Mitunterzeichner des »Antrages Windthorst«, die volle Zollfreiheit mit Ausnahme landwirtschaftlicher Maschinen, Geräte, Teile derselben und Lokomotiven auf den 1. Januar 1879 hinauszuschieben aus der Zentrumsfraktion.

Ballestrem; Biegeleben; Bissingen-Nippenburg; Bock; Dieden; Edler; Forcade de Biaix; Franßen; Franz; Grand-Ry; Großmann; Grütering; Haanen; Hamm; Hartmann; Heeremann; Hertling; Horn; Kehler; Kessler; Kochann; Ignaz Frhr. von Landsberg-Velen; Lieber; Lingens; Lucius; Majunke; Moufang; Praschma; Radziwill; August Reichensperger; Peter F. Reichensperger; Rudolphi; Rußwurm; Clemens Graf zu Schönborn; Schorlemer-Alst; Alfred Graf zu Stolberg-Stolberg; Thimus; Wendt; Windthorst; Zu Rhein.

Anlage 5: Das Abstimmungsverhalten der Mitglieder der Zentrumsfraktion zum »Antrag Windthorst« am 13. Dezember 1876.

Für den Antrag stimmten: Bernards; Biegeleben; Bissingen-Nippenburg; Charmaré; Dieden; Edler; Forcarde de Biaix; Franßen; Galen; Großmann; Grütering; Haanen; Habermann; Hafenbrädl; Hamm; Hartmann; Heeremann; Herrlein; Hompesch-Bollheim; Hompesch-Rurich; Kehler; Kleinsorgen; Kochann; Ignaz Frhr. von Landsberg-Velen; Lieber; Lingens; Lucius; Majunke; Mayer; Miller; Moufang; Müller; Nayhauf-Cormons; Pfafferrött; Prashma; Radziwill; August Reichensperger; Peter F. Reichensperger; Rudolphi; Rußwurm; Schmid; Schorlemer-Alst; Schröder; Senestrey; Alfred Graf zu Stolberg-Stolberg; Friedrich Graf zu Stolberg-Stolberg; Thimus; Ulrich; Waldburg zu Zeil; Wendt; Windthorst; Zu Rhein.

Gegen den Antrag stimmten: Aretin; Brenken; Brückl; Franckenstein; Hauck; Jörg; Kirchner; Kraetzer; Lang; Merkle; Pohlmann; Soden; Strecker; Triller; Westermayer.

Anlage 6: Unterstützung des »Antrages Löwe, von Kardorff und Jaunez« durch Mitglieder der Zentrumsfraktion.

Ballestrem; Edler; Franßen; Franz; Galen; Grand-Ry; Grütering; Horn; Lang; Lingens; Radziwill; Schorlemer-Alst; Stötzel; Wallhofen; Wendt.

Anlage 7: Abstimmungsverhalten des Zentrums zur Regierungsvorlage betreffs einer temporären Ausgleichsabgabe auf Eisenwaren am 27. April 1877.

Für die Vorlage stimmten: Ballestrem; Biegeleben; Bock; Charmaré; Dieden; Edler; Franßen; Franz; Fürth; Grand-Ry; Grütering; Haanen; Hamm; Heeremann; Kehler; Kochann; Ignaz Frhr. von Landsberg-Velen; Max Frhr. von Landsberg-Velen; Lender; Leonhard; Majunke; Menken; Meyer; Müller; Nayhauf-Cormons; Radziwill; August Reichensperger; Peter F. Reichensperger; Rudolphi; Rußwurm; Stötzel; Alfred Graf zu Stolberg-Stolberg; Friedrich Graf zu Stolberg-Stolberg; Strecker; Thimus; Wallhofen; Windthorst.

Gegen die Vorlage stimmten: Arbinger; Carl Peter Frhr. von Aretin; Ludwig Frhr. von Aretin-Illertissen II; Bernards; Bissingen-Nippenburg; Bodmann; Borowski; Frank; Fugger; Galen; Hompesch-Rurich; Jörg; Kraetzer; Lang; Lindner; Mayer; Merkle; Miller; Pfafferrött; Pohlmann; Schorlemer-Alst; Senestrey; Soden; Stöckl; Triller; Westermayer.

Anlage 8: Abstimmungsverhalten der Zentrumsfraktion darüber, ob Roggen mit M 1,00 oder M 0,50 Eingangszoll belegt werden soll.

	Abstimmung 23. Mai 1879		Schlußabstimmung 11. Juli 1879	
	Ja (1 M)	Nein	Ja (1 M)	Nein
Arbinger	×		–	–
Aretin, C.P. Frhr. von Aretin-Illertissen,	×		×	
L. Frhr. von	×		×	
Ballestrem	×		×	

	Abstimmung 23. Mai 1879		Schlußabstimmung 11. Juli 1879	
	Ja (1 M)	Nein	Ja (1 M)	Nein
Bender		×		×
Bernards	×		×	
Bissingen-Nippenburg	×		×	
Bock		×		×
Bodmann	×		×	
Bönninghausen		×		×
Borowski	×		×	
Brenken	×		×	
Brückl	×			×
Charmaré	×		×	
Dalwigk-Lichtenfels	×		×	
Dieden		×		×
Fichtner	×			×
Forcade de Biaix	×		×	
Franckenstein	×		×	
Franz	×		×	
Freytag		×	–	–
Fürth	×		×	
Fugger	×		×	
Galen	×		×	
Gielen		×		×
Grand-Ry	–	–		×
Grütering		×		×
Haanen		×		×
Hafenbrädl	×		×	
Hamm		×		×
Heeremann	×		×	
Hertling		×		×
Hompesch-Rurich	×		×	
Horn	×		×	
Horneck von Weinheim	×		×	
Kehler		×	×	
Kessler	×		×	
Kochann		×		×
Kraetzer	×		–	–
Landsberg-Velen, Ignaz Frhr. von	×		×	
Lang	×		–	–
Lender	×		×	
Leonhard	–	–	×	
Lieber	×		×	
Lingens	×		×	
Ludwig	×		×	
Majunke	×		×	
Mayer	×		×	
Menken		×	×	
Merkle	–	–	×	
Meyer	×		×	

	Abstimmung 23. Mai 1879		Schlußabstimmung 11. Juli 1879	
	Ja (1 M)	Nein	Ja (1 M)	Nein
Michalski	×		×	
Miller	×		×	
Moufang	×		×	
Müller		×	×	
Nayhauß-Cormons	×		×	
Pfafferoth		×		×
Pohlmann	×		–	–
Praschma	×		×	
Preysing-Lichtenegg	×		×	
Radziwill	×		×	
Reichensperger, August		×		×
Reichensperger, Peter		×		×
Reichert	×		×	
Rudolphi	–	–	×	
Ruppert		×	×	
Rußwurm	–	–		×
Schenk	×		–	–
Schönborn, Friedrich Karl Graf zu	×		×	
Schorlemer-Alst	–	–	×	
Schröder	×		×	
Senestrey		×		×
Soden	×		×	
Stöckl	×		×	
Stötzl	–	–		×
Stolberg-Stolberg, Friedrich Graf zu	×		×	
Strecker		×	×	
Triller	×		×	
Wänker von Dankenschweil	×		×	
Waldburg zu Zeil	×		×	
Wendt	×		×	
Windthorst		×		×
Zu Rhein	×			×

Gedankenstrich (–) = nicht anwesend

LITERATURVERZEICHNIS

Carl Bachem, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparlei, zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815–1914, Bd. 3, Köln 1927.

Helmut Böhme, Bismarcks Schutzzollpolitik und die Festigung des konservativen Staates, in: Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879, hrsg. von *Helmut Böhme*, Köln, Berlin 1968, 328–352.

Heimut Böhme, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848–1881, Köln, Berlin 1966.

Karl Buchheim, Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953.

Karl Demeter, Die soziale Schichtung des deutschen Parlaments seit 1848, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 39 (1952) 1–29.

Hermann Ehren, Graf Franz von Ballestrem, Breslau 1935.

Matthias Erzberger, Das deutsche Zentrum, Amsterdam ²1912.

J. Fäß, Georg Arbogast Freiherr von und zu Franckenstein, in: Stimmen aus Maria Laach, 40 (1881) 1–21, 141–161.

Hermann von Festenberg-Packisch, Deutschlands Zoll- und Handelspolitik 1873–1877. Die Zoll- und handelspolitischen Debatten im Deutschen Reichstage während der drei ersten Legislaturperioden. Nach den stenographischen Berichten zusammengestellt von . . ., Berlin 1879.

Leopold Karl Goetz, Der Ultramontanismus als Weltanschauung auf Grund des Syllabus quellenmäßig dargestellt, Bonn 1905.

Chr. Grotewold, Die Parteien des Deutschen Reichstages, Leipzig 1908.

Karl W. Hardach, Die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren bei der Wiedereinführung der Eisen- und Getreidezölle in Deutschland 1879, Berlin 1967.

Georg von Hertling, Erinnerungen aus meinem Leben, 2 Bde, München 1919/20.

Else Herx, Peter Franz Reichensperger als Wirtschafts- und Sozialpolitiker, Diss. rer. pol. Köln, Bergisch-Gladbach 1933.

Donald Freiherr von Hirsch, Stellungnahme der Zentrumsparlei zu den Fragen der Schutzzollpolitik in den Jahren von 1871 bis zu Bismarcks Rücktritt, Diss. rer. Köln, München 1926.

Eduard Hüsgen, Ludwig Windthorst. Sein Leben, sein Wirken, Köln ²1911.

Wilhelm von Kardorff-Wabnitz, Gegen den Strom! Eine Kritik der Handelspolitik des Deutschen Reiches an Hand der Carey'schen Forderungen, Berlin 1875.

Willy Kremer, Der soziale Aufbau der Parteien des Deutschen Reichstages 1871–1918, Phil. Diss. Köln 1934.

Ivo N. Lambi, Die Schutzzoll-Interessen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie 1873–1879, in: Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879, hrsg. von *Helmut Böhme*, Köln, Berlin 1968, 317–327.

Ph. Löffler, Hermann von Mallinckrodt, in: Stimmen aus Maria Laach 7 (1874) 121–138, 477–491; 8 (1875) 18–35, 365–385.

Otto Meyer, Zur Naturgeschichte des Centrums. Socialpolitische Betrachtungen, Freiburg 1882.

Joseph Moedder, Handelspolitische Ansichten der rheinischen Landwirtschaft seit der Gründung des »Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen«, Diss. Köln 1928.

Wilhelm Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, München 1960.

- Edith Müller*, Die katholische Wirtschafts- und Gesellschaftsidee in der Politik des Zentrums im Reichstag von 1871–1879, Diss. rer. pol. Frankfurt a.M. 1954.
- Thomas Nipperdey*, Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, hrsg. von *Hans-Ulrich Wehler*, Köln, Berlin ²1970, 261–388.
- Thomas Nipperdey*, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.
- Ludolf Parisius*, Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte mit einem Vorwort über die gegenwärtige Kanzlerkrise, Berlin 1878.
- Ludwig Pastor*, August Reichensperger 1808–1895. Sein Leben und sein Wirken auf dem Gebiet der Politik, der Kunst und der Wissenschaft, 2 Bde, Freiburg 1899.
- Otto Pfülf*, Hermann von Mallinckrodt. Die Geschichte seines Lebens, Freiburg 1892.
- Hermann Rehm*, Deutschlands politische Parteien. Grundriß der Parteienlehre und der Wahlsysteme, Jena 1912.
- Eugen Richter*, Im alten Reichstag. Erinnerungen, Band 1–2 in einem Band, Berlin 1894–1896.
- Hans Rosenberg*, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967.
- Emil Ruschen*, Bismarcks Abkehr vom Liberalismus 1877–78, Phil. Diss. Köln 1937.
- A. Sartorius von Waltershausen*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte 1815–1914, Jena ²1923.
- Franz Schmidt*, Burghard von Schorlemer-Alst, Mönchen-Gladbach 1916.
- Max Schwarz*, MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.
- Staatliche Macht und Katholizismus in Deutschland II, Dokumente des politischen Katholizismus von 1867 bis 1914, hrsg. von *Ernst Heinen*, Paderborn 1979.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, III. Legislaturperiode, I. Session 1877, Bd. 3. (»Antrag Galen«).
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, IV. Legislaturperiode, II. Session 1879, Bd. 2, 3 und 5.
- Heinrich Tötter*, Bismarck und das Zentrum. Der Kampf des Zentrums um seine Anerkennung als unabhängige politische Partei in den Jahren 1878/79, Karlsruhe 1938.
- Hans Otto Wesemann*, Der Westfälische Bauernverein, Diss. rer. pol. Halle-Wittenberg 1926.
- Lorenz Zach*, 50 Jahre Zentrum. Wirtschafts- und Sozialpolitik im Reichstag 1871–1921, Berlin 1921.
- Wolfgang Zorn*, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründungszeit (1850–1879), in: *Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879*, hrsg. von *Helmuth Böhme*, Köln, Berlin 1968, 296–316.